

KARL MÖCKL

Gesellschaft und Politik während der Ära des Prinzregenten Luitpold*

— Ein Beitrag zur Vorgeschichte der Revolution in Bayern —

Die Revolution in Bayern von 1918 ist in den letzten Jahren immer mehr in den Mittelpunkt der Geschichtsforschung gerückt. Trotzdem rührte letztere wenig an der fast tabuhaften These von der alleinigen Herleitung der revolutionären Vorgänge aus den Ereignissen des Weltkrieges. Allzu überraschend kommt diese Erkenntnis nicht, denn so leicht und tief ging diese vermeintliche Tatsache in das Bewußtsein ein, daß die folgenden zwei Generationen weitgehend annahmen, Anlaß und Ursachen dieser Revolution seien in den Jahren jenes unglücklichen Krieges beschlossen. Ist und war doch die Zeit vor diesem Krieg für jene Menschen, die sie noch erlebt hatten, die „gute alte Zeit“, die Zeit des Friedens, des Wohlstandes, der Stabilität und des relativen Glücks. Auch die wissenschaftliche Forschung stand sichtlich unter diesem Eindruck. Sie suchte die Ursachen allein im Verlauf des Krieges und sparte die Epoche vorher weitgehend aus.¹ Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, daß erst gesellschaftswissenschaftliche Sehweisen und sozialgeschichtliche Methoden die Voraussetzungen für entsprechende Analysen liefern. Die epochale Bedeutung der revolutionären Umwälzungen von 1918 kündigte sich auch im Bewußtsein der Menschen des Kaiserreiches an. Für sie war der Gedanke an eine die staatliche Ordnung erschütternde Revolution nicht fremd.² In der Tat liegt hier der Beginn einer „revolutionären Zeitenwende“, die das nationalstaatliche Prinzip hemmend werden läßt, sofern es nicht zu Gunsten der „revolutionären Forderungen der Zeit“ aufgegeben wird.³

Die Verbindung von Krieg und Revolution ist nicht neu, wohl aber deren weltweite Wirkung und ihre globale Ausartung in Schrecken und Terror.⁴ Dieses Phänomen ist wesentlich für den revolutionären Charakter eines Krieges. Die Maxime der Notwendigkeit des Krieges wandelt sich zur Maxime der Freiheit oder Emanzipation der revolutionären Bewegung, wie Hannah Arendt überzeugend nachgewiesen hat.⁵ Die Sphäre des Gesellschaftlichen tritt in engste Verbindung mit dem Bereich des Politischen und gestaltet —

meistens durch das Medium der Gewalt — die politischen Verhältnisse. Den Ursachen einer Revolution ist also am ehesten durch Untersuchung des Spannungsverhältnisses der politischen und gesellschaftlichen Struktur der vorausgehenden Epoche nahe zu kommen.⁶

Die symptomatische Einordnung der Münchner Revolution von 1918 mit ihren Ursachen in diese übergreifenden Vorgänge ist um so gerechtfertigter, als unter einer nicht provokatorischen Regierungspolitik sich ein gesellschaftlicher Egalisierungsprozeß vollzog, der im Widerspruch stand zur politischen und verfassungsmäßigen Wirklichkeit.

Die staatsrechtliche Forschung Bayerns verzeichnet die Verfassung von 1818 als einen entscheidenden Einschnitt. „Bayern war ein moderner Staat geworden.“⁷ Dies ist insofern richtig, als überhaupt eine Verfassung erlassen wurde und darin rheinbündisches, französisch-napoleonisches staatsrechtliches Gedankengut zum Tragen kam. Trotzdem wollte, zieht man die weitere staatliche Entwicklung in Betracht, dieses Kleid für Volk und Dynastie Bayerns nicht so recht passen. Entsprechend der Verfassung ist der König nicht Organ, sondern „Oberhaupt des Staates“.⁸ Alle Staatsgewalt ist streng nach dem monarchischen Prinzip in seiner Hand vereinigt.⁹ Der Landtag war stark ständisch geprägt und galt nicht als Repräsentant des Staates, sondern vertrat die Interessen des Volkes gegenüber dem Monarchen.¹⁰ Letztere Auffassung von der Volksvertretung bestand nicht nur als Verfassungsnorm. Sie kam auch in der politischen Haltung der Regierung trotz aller sozialen Umschichtungen bis 1918 zum Ausdruck.

Diese Verfassungskonstruktion ermöglichte einem energischen Herrscher, wie es Ludwig I. war, ein streng absolutistisch-autokratisches Regiment. Zumal Maximilian von Montgelas durch Beseitigung der historischen Landschaften mit ihren Sonderrechten und durch Ermöglichung einer absoluten Staatssouveränität mit Hilfe eines zentralistisch-bürokratischen Verwaltungssystems die reale Basis einer soliden Herrschaft geschaffen hatte.¹¹ Montgelas hatte Verwaltung und Untertannenverband so weit vereinheitlicht, daß eine absolute Regierung erst möglich werden konnte; insofern besteht durchaus eine Parallele zu Mazzarin. Allerdings folgte Ludwig dem Grafen Montgelas nicht in seiner rationalabsolutistischen Staatsauffassung, sondern modifizierte sie unter dem Einfluß romantischen Gedankengutes zu einem patrimonialen Königtum, was auch für die damalige Zeit eine raktionäre Einstellung bedeutete. Freilich gelang dies nur mit einer entsprechend interpretierten Verfassung und dem Mittel des königlichen Kabinetts.¹² Damit war der Weg zur konstitutionellen Monarchie im westeuropäischen Sinn einer zweifach gleich-

berechtigten Repräsentation der staatlichen Einheit durch König und Volksvertretung — beide als Organe des Staates —, wie ihn Montesquieu und die französische Verfassung von 1791 vorgezeichnet hatten und ihn das System Montgelas noch zugelassen hätte, endgültig abgeschnitten.¹³ Das monarchische Prinzip im Sinne eines *loi préexistante* diente Ludwig I. als Legitimation. Der altständische Dualismus lebte auf, indem der Monarch die Abgeordneten als Interessenvertreter des Volkes betrachtete. Der nicht verfassungsmäßige Einfluß des königlichen Kabinetts und die Zurückdrängung des Einflusses der Minister, die „durchaus nur beratend sind“,¹⁴ erhärtete diese Entwicklung. Ludwigs Regierungszeit ist „für die bayerische Verfassungsentwicklung ... das letzte Aufflackern einer durch die moderne Entwicklung, zeitfremden Regierungsform ...“.¹⁵ Für die Epoche bis 1848 ist dies als Feststellung zutreffend. Bedeutsam aber für die kommende Entwicklung ist, daß in dieser Zeit jene Traditionen von Königtum, Regierung und Landtag entstanden, die eine Anpassung der Verfassung an die modernen gesellschaftlichen Verhältnisse ebenso unmöglich machten, wie zu jener Zeit. Dabei wirkte der Eintritt Bayerns in das Deutsche Reich stabilisierend für das institutionelle Skelett, nicht aber auf die innere soziale Schichtung.

Im Jahre 1829, ein Jahr nach dem Umzug der Universität nach München, wurde an ihr Friedrich Julius Stahl¹⁶ als Privatdozent zugelassen. Als überzeugter Protestant verfolgte er die Auseinandersetzung und den Kampf des Königs gegen Volkssouveränität, Aufklärung und Liberalismus, fasziniert von der Ausstrahlungskraft Münchens als einem Mittelpunkt konservativen Denkens.¹⁷ Dabei war er sich aber zugleich der Kraft der modernen Ideen bewußt. So versuchte er eine Synthese, die ihn zum Theoretiker konservativen Staatsdenkens werden ließ. Stahl¹⁸ führt Staat und Recht auf göttlichen Ursprung zurück und sieht beide nur im Staat als „sittlichem Reich“ verwirklicht, wodurch er auch den Widerspruch von Freiheit und Ordnung zu lösen glaubte. Den Staat sieht er auf das monarchische Prinzip in einem konstitutionellen System gegründet.¹⁹ Der dadurch entstehende Dualismus lagert sich zu Gunsten einer starken monarchischen Spitze²⁰ und einer schwächeren Volksrepräsentation, die nur das Recht hat den Gesetzen ihre Zustimmung zu erteilen und Petitionen einzubringen.²¹ Das altständische Vertretungsprinzip überwindet Stahl, indem er im Unterschied zu den alten Ständen im Repräsentativsystem, in der „Volksvertretung“ nicht nur die „Glieder der Volksexistenz, sondern auch die nationale Einheit“, nicht nur die „sächlichen Lagen und Interessen, sondern auch die in denselben befindlichen Menschen“ sieht.²² Die Brücke zu den modernen Staatsideen glaubte er damit geschlagen zu haben. Auch die Administration²³ und das Heer sollten allein dem Willen des

Monarchen unterworfen sein.²⁴ Knüpft das Herrscherbewußtsein Ludwigs I. an absolutistisch-patrimoniale und altständisch-dualistische Vorstellungen an, so kann dies von der Staatslehre Stahls nicht gesagt werden. Die Wirkung der Religion auf den staatsrechtlichen Bereich sollte davon nicht ablenken. Waren es doch weitgehend säkularisierte theologisch-kanonistische Begriffe, die das moderne Staatsdenken bestimmten.²⁵ Die Tiefe der philosophisch-theologischen Vorstellungen des Mitgliedes des Oberkirchenrates Stahl mag vielen unbequem gewesen sein. Darin lag sicher auch ein Teil seiner geringen theoretischen Wirksamkeit.²⁶ Aber um so stärker wirkten die praktisch-staatsrechtlichen Folgen seiner Lehre auf die Politik, denn sie förderten eine reaktionär-konservative Interpretation der Verfassungen, ohne deren Buchstaben zu ändern. Das Mitglied der preußischen Abgeordnetenkommission Otto Bähr stellte dies 1864 bereits für seine Zeit, aber auch für die Zukunft fest: „Seine Lehren haben das gleißende Gewand gebildet, mit welchem zwei Jahrzehnte hindurch die Gegner des Rechtsstaates ihre absolutistischen Bestrebungen bekleidet haben.“²⁷ Im ganzen gesehen ruhte das konservative Staatsgebäude Stahls auf einer starken monarchischen Gewalt, die allein den Staat repräsentiert, und einer Volksvertretung, die ein festes, aber eng begrenztes Maß an Rechten besitzt.

In dieser Konsequenz beeinflusste die Lehre Stahls die bayerischen Staatsrechtslehrer Seydel²⁸ und Piloty.²⁹ Dies wurde erleichtert, da unter dem Eindruck des Jahres 1848 die bayerische Verfassung in Bezug auf die Zusammensetzung der Abgeordnetenkommission, der eingeschränkten Gesetzesinitiative³⁰ und der Ministergegenzeichnung in ihren am stärksten kritisierten Bestimmungen modernisiert worden war.³¹

Die konstitutionelle Monarchie ist eine Mischung aus aristokratischen und demokratischen Elementen. Aus diesem Grund gilt sie vielfach als eine Form des Übergangs. Die staatliche Entwicklung der westeuropäischen Länder zeigt, daß dies nur dann der Fall war, wenn sich der entsprechende Dualismus im Sinne Montesquieus oder im Sinne der französischen Verfassung von 1791 ausprägte; wenn also Monarch und Volksvertretung gleichberechtigte Organe des souveränen Staates waren. In diesem Falle entwickelte sich in der politischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit, je nach Stärke oder Schwäche des einen oder anderen Pols, eine absolutistische bzw. parlamentarische Staatsform. Im Dualismus des konservativen Systems Stahls, wie auch nach der bayerischen Verfassung, ist der Monarch alleiniger Repräsentant des Staates, er besitzt alle Staatsgewalt,³² und der Landtag ist Organ „der konstitutionellen Regierung des verfassungsmäßig herrschenden Königs“.³³ Instrumente dieser monarchischen Spitze sind Bürokratie und Militär.³⁴ Die Schwäche eines so

geordneten Staatswesens liegt im möglichen Versagen des Monarchen, aber auch schon darin, daß im Zuge gesellschaftlicher Emanzipationsprozesse das monarchische Prinzip seines Gottesgnadentums entkleidet wurde. In beiden Fällen verschieben sich die Gewichte auf Grund der gezeigten Verfassungsstruktur nicht zugunsten einer Parlamentarisierung, sondern zugunsten von Regierungsbürokratie und Nebenregierungen. Im Reich treten diese Tendenzen zutage³⁵ und in Bayern führen sie zum Widerspruch von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit, von politischer und gesellschaftlicher Struktur, letztlich zur Stagnation des staatlichen Lebens, die im 1. Weltkrieg krisenhaft zum Durchbruch kam.

Die Königskatastrophe, die im Juni 1886 über Bayern hereinbrach, bedeutete — trotz ihrer Dramatik und belletristischen Anziehungskraft — im eigentlichen Sinn für die staatliche Entwicklung keine Zäsur, auch wenn man in der Einsetzung der Regentschaft durch den Prinzen Luitpold Grund genug dafür erblicken wollte. Eine Einschränkung ist insofern zu machen, als Tendenzen der Verfassungsentwicklung in der folgenden Epoche in ihrer staats- und gesellschaftspolitischen Ausmündung hier ihre Verdichtung fanden. Die Überbetonung des monarchischen Prinzips mit dem Gottesgnadentum als ideologische Untermauerung machte, nachdem mit der Einsetzung der Regentschaft nicht nur die starke Herrscherfigur, sondern auch der sichtbare König fehlte,³⁶ deren „Substanzlosigkeit“³⁷ erst voll sichtbar. Der starken Herrschergewalt, wie sie die Verfassung vorsah und die bayerische Staatsrechtslehre noch 1913 aufrechterhielt, standen die Monarchen selbst am meisten im Wege. Waren die Symptome dafür bereits unter Ludwig I. latent vorhanden, besonders in der Machtstellung des nicht verfassungsmäßigen Kabinettssekretariates,³⁸ so wurden sie unter Max II. stärker, kamen unter Ludwig II. voll zum Ausbruch und waren unter Prinzregent Luitpold kaum mehr lösbar.⁴⁰

In der öffentlichen Meinung lag im Einfluß nicht verfassungsmäßiger Institutionen, wie des Kabinettssekretariates und später auch der Geheimkanzlei, ein wichtiges Kriterium der Schwächung des monarchischen Prinzips, denn die ständigen Angriffsflächen, die sie boten, mußten indirekt den Monarchen bzw. den Regenten treffen.

Es erhebt sich die Frage, ob nach der Einsetzung der Regentschaft die Autorität der Krone wiederhergestellt hätte werden können.⁴¹ Der geistesranke König Otto I. — dessen Vermögenskuratel bereits seit 1878 datierte — war, als er Ludwig II. auf den Thron nachfolgte, 38 Jahre alt und körperlich völlig gesund.⁴² Die Dauer der Regentschaft war also zunächst nicht abzusehen und damit eines Provisoriums, das den Regenten in seiner Herrschergewalt

nach Tit. II § 18 der Verfassung beschränkte.⁴³ Es war sofort klar, daß der Regent diese Beschränkungen allein im Hinblick auf die Reichsgesetzgebung nicht würde einhalten können. Finanzminister von Riedel brachte daher bereits in der Staatsratssitzung vom 12. Juni 1886⁴⁴ einen diesbezüglich verfassungsändernden Antrag ein, der aber im Ausschuß der Kammer der Abgeordneten am 28. Juni 1886 keine Mehrheit fand und daher am 30. Juni vom Gesamtstaatsministerium zurückgezogen wurde.⁴⁵ Am 25. Juni bereits legte von Riedel im Staatsrat einen weiteren Gesetzentwurf vor,⁴⁶ der zwar formal nur eine Interpretation des Tit. II § 18 der Verfassung darstellte, faktisch aber auf dessen Aufhebung hinauslief. Diese Vorlage wurde am 27. Oktober 1887 Gesetz.⁴⁷ Das rasche Handeln v. Riedels ließ mehr auf das Motiv schließen, in der Beamtenschaft keine Unruhe aufkommen zu lassen, als auf die Notwendigkeit irgendwelcher landes- oder reichsgesetzlicher Maßnahmen.⁴⁸ Letztere hätten sich zunächst verschieben lassen. Abgesehen von ihrer gemeinsamen Tradition, ihrer gemeinsamen Gesinnung, ihrem Ethos und ihrer politischen Überzeugung war in der Beamtenschaft und deren stärkstem Exponenten, der Ministerialbürokratie, unter heftigen Angriffen der Öffentlichkeit und der Opposition des Zentrums um Entmündigung und Tod Ludwigs II. ein starker Solidarisierungsprozeß zu beobachten, der erst nach der Jahrhundertwende wieder gegenläufig verlief. Die Regierungsbürokratie, nationalliberal, aufgeklärt, weitgehend fränkisch-protestantisch, seit dem straffen Regiment Montgelas und dem Kulturkampf in ständigem Gegensatz zum größten Teil der Bevölkerung, war weder beliebt, noch im Volk verwurzelt.⁴⁹ Trotzdem war sie politisch der entscheidende Faktor. Durch das Gesetz vom 27. Oktober 1887, das eine materiell verfassungsändernde Interpretation des Tit. II § 18 zuließ, begab sich der Regent in starke Abhängigkeit vom Ministerium; denn wie konnte er auf der einen Seite als Wahrer der Verfassung auftreten, wenn er auf der anderen Seite deren Aufweichung ohne klare prinzipielle Entscheidung zuließ. Die Folge war, daß während der gesamten Ära des Regenten die Erörterungen um die Frage, ob während der Regentschaft Verfassungsänderungen zulässig seien oder nicht, die öffentliche und staatsrechtliche Diskussion beherrschten.⁵⁰

Die Staatsrechtslehrer lösten diese Frage nicht. Ihre Auffassungen waren zu unterschiedlich und extrem, als daß *eine* Meinung sich hätte durchsetzen können. Selbst der anerkannte Professor Max von Seydel behauptete zweimal den gegenteiligen Standpunkt von vorher.⁵¹ Nachdem weder Regent noch Staatsrechtler sich eindeutig erklärten, wurde die Frage der Änderung der Verfassung während der Regentschaft zum Deckmantel der Interessen und politischen Motive der Parteien. Je nachdem, ob man ein ver-

fassungsänderndes Gesetz, wie zehn Jahre lang das Wahlgesetz, verhindern wollte, betonte man den legitimistischen Standpunkt oder, ob man es herbeiführen wollte, den des Staatsnotstandes oder des öffentlichen Wohls. Die Regierung, besonders Innenminister von Feilitzsch, wollte Verfassungsänderungen während der Regentschaft nur dann zulassen, „wenn die *salus publica* in Frage steht“ und dessen „Notwendigkeit ... im einzelnen Fall“ entscheiden.⁵² Damit wurde eines der vornehmsten Rechte der Krone, nämlich das der Verfassungsinitiative, zum Handelsobjekt zwischen Ministerium und Interessenvertretern einerseits und den Parteien des Landtags andererseits. Der Regent trat somit als politisch entscheidender Faktor zurück. Zwar wäre im Jahre 1887 der Versuch, die Regentschaft aufzuheben, politisch unklug gewesen, aber in der Frage einer möglichen Verfassungsänderung hätte der Landtag Prinz Luitpold bei persönlich starkem Auftreten die Gefolgschaft nicht versagt; nicht allein deswegen, weil er in allen Fragen der Einsetzung der Regentschaft seine Zustimmung nicht verweigert hatte, sondern weil der gemäßigte Flügel des Zentrums in seiner monarchischen Gesinnung einer Brüs্কierung des Regenten nie zugestimmt hätte.⁵³

Bei dieser Entwicklung der politischen Verhältnisse ist weiter zu überlegen, welche Rücksichten der Regent zu nehmen hatte und welche Einflüsse auf ihn wirkten.

Dem nationalliberalen Ministerium von Lutz war es durch einen aus mannigfachen Gründen politisch nicht willensfähigen König gelungen, Bayern reibungslos ins Deutsche Reich einzufügen.⁵⁴ Von diesem Weg abzuweichen, bestand für Lutz kein Anlaß, wäre nicht durch die zunehmende Krankheit Ludwigs II. und die wachsende Verschuldung der Kabinettskasse Bayern seit Beginn der 80-er Jahre einer inneren Krise entgegengegangen. Nachdem 1884 der Versuch Finanzministers von Riedel und des Reichstags- und Landtagsabgeordneten und Direktors der Süddeutschen Boden- und Creditbank Dr. Friedrich von Schauß⁵⁵ durch eine Siebeneinhalb-Millionen-Anleihe die Geldwünsche Ludwigs zu befriedigen insofern mißlungen war, als diese nur ermöglichte, die Krise hinauszuschieben, nicht aber zu lösen, trat das Ministerium — 1885 waren bereits wieder viereinhalb Millionen weitere Schulden vorhanden — dem Gedanken einer Regentschaft des Prinzen Luitpold nahe.⁵⁶ Zwei Hauptaufgaben galt es dabei für das Ministerium zu erfüllen: kontinuierliche Weiterführung der Politik gegenüber dem Reich und Beseitigung der Schulden Ludwigs II. ohne Einschaltung des Landtags. Zur Beseitigung letzterer erarbeitete Finanzminister von Riedel durch weitere Anleihen mit Hilfe der Süddeutschen Boden- und Creditbank und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank einen Tilgungsplan, nach dem dann bis 1901 auch

sämtliche Schulden beglichen wurden.⁵⁷ Die Sicherung der Integrationspolitik ins Reich war schwieriger. Prinz Luitpold galt als katholisch-überzeugt, kirchenfreundlich und durch seine weitläufige Verwandtschaft zum Hause Habsburg als „österreichisch“. Es bestand also die Gefahr, daß mit Einsetzung der Regentschaft das Ministerium Lutz durch ein Ministerium des Zentrumsführers Freiherr von Franckenstein ersetzt werde. Die Fortführung einer positiven Reichspolitik war für die nationalliberale Partei, das liberale Bürgertum und die preußische Gesandtschaft in München nur im Weiterbestand des Ministeriums Lutz gewährleistet.⁵⁸ Es gelang, Prinz Luitpold von der Notwendigkeit der Kontinuität der Regierungspolitik und damit der Beibehaltung des Ministeriums zu überzeugen. Philipp zu Eulenburg, preußischer Gesandtschaftssekretär in München, berichtete am 5. Februar 1886 an Herbert von Bismarck: „... Er (Lutz) hat sehr geschickt agiert, und seine bestimmte Äußerung, daß Prinz Luitpold im Falle einer Regentschaft mit dem jetzigen Ministerium weiter arbeiten würde, läßt auf ein Einverständnis der beiden alten Jagdfreunde, Luitpold und Lutz, schließen.“⁵⁹ Ähnlich berichtet er am 6. Juni 1886: „... Lutz sagte mir, daß ihn Prinz Luitpold *sechsmal* die bündigste Versicherung habe aussprechen lassen, daß er bei einem Wechsel das jetzige Ministerium beibehalten wolle. Ein liberales Ministerium — vor allem das Ministerium Lutz — aber bedeutet hier: *unzweideutige* Gemeinschaft mit dem Reiche.“⁶⁰ Starken Einfluß auf den Prinzen Luitpold übten seine liberalen, reichstreuen Adjutanten Karl von Wolffskeel und Ignaz von Freyschlag aus.⁶¹ Letzterer wurde später der erste Chef der Geheimkanzlei des Regenten; für ihn wurde Peter von Wiedemann Adjutant, der dann 1900 ebenfalls die Geheimkanzlei übernahm. Auch Graf Holnstein besann sich nach seiner vorübergehenden Annäherung an ultramontane Kreise seiner Reichstreue und brachte dem Regenten den Gedanken einer Reise zum Kaiser nahe.

In kirchenpolitischer Hinsicht betonte Lutz dem Regenten gegenüber die verschiedentliche Äußerung des Papstes, daß er mit der Lage der katholischen Kirche in Bayern vollkommen zufrieden sei.⁶² Allerdings rief diese Äußerung, als sie durch das Handschreiben des Regenten vom 6. Juni 1886 an das Gesamtstaatsministerium an die Öffentlichkeit kam, unter den Katholiken Bayerns lebhaften Protest hervor. Am 16. Juni bestätigte der Vatikan diese Feststellung teilweise, indem er darauf hinwies, daß der Hl. Vater dies relativ gemeint habe.⁶³ Mit der Proklamation der Regentschaft am 10. Juni 1886 waren damit im Grunde die Weichen für die kommende Politik Bayerns gestellt. Der Tod Ludwigs II. am 13. Juni wühlte zwar die öffentliche Meinung auf und rief scharfe Reaktionen der politischen Parteien gegen das Ministerium hervor, bewirkte aber letztlich eine Festigung von dessen Position, da Prinzregent Luit-

pold das Entlassungsgesuch des Ministeriums vom 5. Juli ablehnte.⁶⁴ Der Verdacht liegt nahe, daß damit nur eine öffentliche Demonstration des Regenten für das Ministerium Lutz vollzogen werden sollte.⁶⁵

Die Vorgänge von Januar bis Juli 1886 im Überblick betrachtet, zeigen, daß mit dem Tod Ludwigs II. und der Einsetzung der Regentschaft durch Prinz Luitpold keine Veränderung des politisch-gesellschaftlichen Machtgefüges eingetreten war. Die monarchische Spitze, vertreten durch den Regenten, erfuhr keine Stärkung. Sie wurde insofern sogar geschwächt, als durch gesetzliche und politische Maßnahmen die Stellung des Ministeriums zementiert wurde. Auf diesem Hintergrund erklärt sich auch die Haltung Bismarcks in der Regentschaftsfrage. In einem Gespräch mit dem bayerischen Gesandten Graf Lerchenfeld am 23./24. Mai 1886 in Friedrichsruh⁶⁶ legt Bismarck seine Auffassung dar. Einen Monat später, also nach den Ereignissen, am 16. Juni betont er wiederum Lerchenfeld gegenüber, daß er an seiner geäußerten Auffassung festhalte.⁶⁷

Bismarck war einerseits konservativem Denken verhaftet und fest von der Verwurzelung des monarchischen Gedankens im bayerischen Volk überzeugt, andererseits war er Realpolitiker genug, um zu wissen, daß die monarchische Spitze eines Staates nur dann wirksam werden konnte, wenn sie reale Macht und politische Handlungsfreiheit besaß. Bismarck schlug Lerchenfeld daher vor, die Schulden Ludwigs II. vor dem Landtag zu verhandeln, zu erklären, man handle auf allerhöchsten Befehl, um damit den Stein vom Landtag aus ins Rollen zu bringen. Der Kanzler betonte dabei, daß er allein die Interessen Luitpolds im Auge habe. Lerchenfeld widersprach vom Standpunkt des monarchischen Prinzips aus und zeigte damit, daß er den Kanzler nicht verstanden hatte oder nicht verstehen wollte; denn dessen Vorschlag beinhaltete tatsächlich die für die monarchische Gewalt beste Lösung. Die Diskussion der Finanzfrage vor dem Landtag und das sicher daraus resultierende Verlangen nach einer Regentschaft Luitpold hätte zwar dem Schein nach dem monarchischen Prinzip widersprochen, aber zugleich Luitpold vom Odium des „Ohm Gloster“ freigehalten, ihm die Möglichkeit eröffnet, seine Forderungen zu stellen und als Ergebnis dem Regenten die politische Basis unabhängiger Entscheidungen gegeben. So lag im Vorschlag Bismarcks wohl die einzige praktisch-politische Möglichkeit, eine Stärkung der monarchischen Spitze des Staates herbeizuführen. Mit einiger Sicherheit wäre damit das Ministerium Lutz gestürzt worden. Dies aber war für die nationalliberale Partei, das liberale Bürgertum, die Beamtenbürokratie, den preußischen Gesandten und „Kirchenhasser“ Graf Werthern⁶⁸ und den gesellschaftlich einflußreichen preußischen Gesandtschaftssekretär Fürst Philipp zu Eulenburg-Hertefeld undenkbar. Die

gesellschaftlichen Verhältnisse, die politischen Interessen und soziale Vorurteile standen im Wege. Das Zentrum galt nicht als regierungsfähig.⁷⁰

Die Ereignisse um die Einsetzung der Regentschaft zeigen deutlich, wie die Ministerialbürokratie, gestützt auf weite Kreise des liberalen Bürgertums und die preußische Gesandtschaft, ihre vorherrschende Position zu behaupten mußte, sowohl gegen die Krone als auch gegenüber dem Landtag. Darüber hinaus, das Ministerium war mächtiger geworden, da es ihm gelang, zunächst den überstarken Einfluß des Kabinettssekretariates auszuschalten und die Geheimkanzlei sich den eigenen Zielen dienstbar zu machen. Die gesellschaftlichen Kräfte außerhalb des Liberalismus waren noch zu schwach, um sich entscheidend durchsetzen zu können, zumal der Regent durch mangelnde Initiative, falsch verstandenem Konstitutionalismus und persönlichen Rücksichten verfassungsmäßige Rechte zugunsten der Regierungsbürokratie unter dem Verständnis eines pseudo-monarchischen Prinzips aufgab. Er glaubte über den Parteien zu stehen, stand in Wirklichkeit aber neben ihnen. Die oppositionelle Mehrheit des Volkes fühlte sich durch die Regierung nicht vertreten. In ihrer königstreuen Gesinnung, die sich als entscheidende Kraft auf Grund divergierender parteipolitischer Interessen während der Regentschaft Luitpolds nie artikuliert, glaubte sie in der Aufhebung der Regentschaft durch eine auch äußerlich sichtbare Stärkung der monarchischen Spitze eine Eindämmung der Ministerherrschaft zu erreichen. So wurde auf diesem Grundgedanken mit unterschiedlichsten Motiven von Zeit zu Zeit eine Beendigung der Regentschaft angestrebt.⁷¹

Ihren Ausgang nahmen diese Bestrebungen bereits im Jahre 1891.⁷² Sie kamen aber nur in Initiativen zum Ausdruck, soweit sie in der breiten Öffentlichkeit Raum griffen und von Presse,⁷³ Parteiführern,⁷⁴ Parteien⁷⁵ oder Rechtsgelehrten⁷⁶ artikuliert wurden.⁷⁷ Zwei Wege erwiesen sich dabei als grundsätzlich gangbar: entweder Proklamation eines neuen Königs, was die strengen Monarchisten befürworteten, oder Änderung der Verfassung durch Zusatz bei Tit. II § 21, der eine Aufhebung der Regentschaft ermöglichen sollte, falls sich der König als unheilbar krank herausstellte, wodurch dann die legale Erbfolge einzusetzen habe. Faktisch kam es während der Regentschaft des Prinzen Luitpold zu keiner Lösung, trotz aller Diskussionen und Anregungen. Es fehlte am entschiedenen Willen sowohl des Regenten, als auch des Ministeriums und der Parteien. Zwischen dem Willen des Volkes und den Parteien bestanden insofern divergierende Tendenzen, als die Parteiführungen dessen Anhänglichkeit an die Dynastie und dessen Zustimmung zur Staatsform zum politischen Interessenspiel herabwürdigten. Das Ministerium sah keinen Grund, seine

Machtposition und ein wirksames politisches Argument⁷⁸ aufzugeben. Außerdem konnte es ohne weiteres die Haltung des Regenten als Vorwand benutzen; denn er wolle „an den bestehenden Verhältnissen nichts geändert wissen“.⁷⁹ Welche Motive hatte der Regent auf diesem Standpunkt zu verharren? Auch er mußte erkennen, daß die lange Dauer des Provisoriums Regentschaft dem monarchischen Prinzip abträglich sein mußte. Sein Ansehen in der öffentlichen Meinung war gestiegen; sein Alter konnte bei seiner Gesundheit nicht allein entscheidend sein; andere Widerstände sind denkbar, aber nicht zu greifen. Anhaltspunkte für Motive im persönlich-dynastischen Bereich gibt Professor Nöll von der Nahmer.⁸⁰ Die Gerüchte um die Frage, inwieweit Ludwig II. und sein Oberstallmeister Graf Holnstein aus dem Reptilienfonds Bismarcks Zuwendungen erhielten und welche Rolle diese Zuwendungen bei der Absendung des Kaiserbriefes 1870 spielten, sind zur Zeit des Regenten nie verstummt und wurden auch von der neueren Forschung nur teilweise geklärt.⁸¹ Vertraut man den jüngsten Veröffentlichungen Nöll von der Nahmers aus den Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches, dann scheint sich jene „großartige Schmiererei“⁸² von 1870 und der in den Jahren bis 1886 erfolgten Zuwendungen von etwa fünf Millionen Mark aus dem Reptilienfonds an Ludwig II. zu bewahrheiten.⁸³ Der Regent erfuhr erst im März 1892 von diesen Vorgängen durch Ministerpräsident von Crailsheim.⁸⁴ Allerdings gab er „den Gedanken einer Wiedererstattung“ an den Erben des Welfenfonds Herzog Ernst August von Cumberland „vorläufig nicht zu erkennen“.⁸⁵ Zu dieser Haltung mögen die noch bis 1901 zurückzuzahlenden Schulden Ludwigs II. beigetragen haben. Die aus diesen Offenbarungen resultierende ständige Gefahr eines Skandals über dem Haus Wittelsbach und die nicht abzusehenden politischen Konsequenzen können Grund genug für Prinz Luitpold gewesen sein, die „Königsfrage“ nicht aufzugreifen.

Die aufgezeigten Vorgänge machen deutlich, daß die Interessen des Staates und des Volkes weitgehend nicht mehr mit den politischen Maßnahmen der Regierung übereinstimmten. Das Aufrechterhalten von wesentlichen Elementen einer alten staatlichen Struktur drängte den liberalen Fortschritt in eine konservativ-reaktionäre Haltung. Die neuen Kräfte waren sich ihrer Macht noch nicht bewußt geworden. Bei ihnen herrschte noch das Streben nach Sicherung der materiellen Existenz vor. So kamen diese Spannungen noch nicht zum Durchbruch.

Bis zur Jahrhundertwende stand das Ministerium im Zeichen dreier Männer — Minister von Lutz war 1890 ausgeschieden —: Ministerpräsident von Crailsheim, Finanzminister von Riedel und Innenminister von Feilitzsch. Sie stamm-

ten aus Franken und hatten die damals für Beamte typische juristische Laufbahn hinter sich. Ihr Schicksal,⁸⁶ ihre aufgeklärt-protestantische Weltanschauung, ihre nationalliberale Gesinnung und ihre reichstreue Politik waren ihnen gemeinsam. Sie beherrschten in homogener Kollegialität das Ministerium und bestimmten die bayerische Politik. Auch gelang es ihnen für längere Zeit, den Einfluß der Geheimkanzlei, die als Kabinettssekretariat unter Ludwig II. so großen Einfluß ausgeübt hatte, zurückzudrängen.⁸⁷ Zu einem guten Teil lag dies aber am Eindruck, den die Auswüchse unter Ludwig II. gemacht hatten, und am mangelnden Ehrgeiz der ersten beiden Chefs der Geheimkanzlei, Freiherr Ignaz Freyschlag von Freyenstein⁸⁸ und Freiherr Friedrich von Zoller,⁸⁹ eigene Politik zu machen.⁹⁰

Die Stärke des Ministeriums, die Kollegialität, sollte zugleich seine Schwäche werden. Mit der Berufung Robert von Landmanns 1895 zum Minister des Inneren für Kirchen- und Schulangelegenheiten trat ein Mann von gemäßigter Gesinnung ins Ministerium ein. Er suchte vor allem den personellen und kirchenpolitischen Ausgleich mit dem katholischen Teil der Bevölkerung zu fördern. In beiden Bemühungen stieß er auf den heftigsten Widerstand liberaler Kreise und der Ministerkollegen. Der Gegensatz zu letzteren verdichtete sich 1902 zur Krise. Zunächst aber ließ sich Landmann wenig beirren. Er pochte auf die kollegiale Struktur des Ministeriums, in dem kein Ressortminister an die Weisung eines anderen Ministers, auch nicht des Vorsitzenden im Ministerrat gebunden sei.⁹¹ In der Tat gingen die Bestimmungen über den Ministerrat von 1821 und 1849 davon aus, daß der Ministerrat nur auf allerhöchste Anordnung zusammentrete und der Monarch selbst den Vorsitz führe, um dadurch für eine einheitliche Regierungspolitik zu sorgen.⁹² Seit Ludwig II., teilweise schon bei Max II., war davon kein Gebrauch mehr gemacht worden, so daß die Entwicklung — wie bereits gezeigt — zu einer Regierungsoligarchie oder „Ministerrepublik“⁹³ führte. Dem Vorsitzenden im Ministerrat kam nur die Verhandlungsführung zu. Von Amts wegen hatte er kein Übergewicht, höchstens auf Grund seiner persönlich-beherrschenden politischen Stellung, wie etwa Lutz. Bei der Beratung des Schulbedarfsgesetzes im Frühjahr 1902 drohte die Krisis im Gesamtstaatsministerium auf den Landtag überzugreifen, als sich Minister von Crailsheim gezwungen sah, die von Landmann in den Ausschußberatungen eingenommene Position im Plenum zu revidieren. In den folgenden heftigen öffentlichen Auseinandersetzungen verschärfte ein weiterer Vorfall die Lage.⁹⁴ Zwischen Senat und Professor Chroust der Universität Würzburg kam es zu gerichtlicher Auseinandersetzung. Minister von Landmann kritisierte in der Kammerverhandlung vom 26. Juni 1902 den Senatsbericht.⁹⁵ Daraufhin (28. Juni) wirft der Senat Minister von Landmann in öffentlicher Erklärung

vor, Anklagen erhoben zu haben, die in direktem Widerspruch zur Aktenlage stehen und reichte seine Entlassung ein.⁹⁶ Dieses „ungehörige“ Vorgehen veranlaßte Landmann — teilweise im Recht — an den Ministerrat seinerseits den Antrag auf sofortige disziplinarische Amtsenthebung des Senates der Universität Würzburg zu stellen.⁹⁷

Am 4. Juli teilte der Chef der Geheimkanzlei Peter von Wiedenmann Minister von Crailsheim mit, daß der Regent mit dem Vorschlag — den „k. Ministerialrat Dr. von Wehner als Nachfolger des derzeitigen Kultusministers in Aussicht zu nehmen“ — im Schreiben vom 1. des Monats einverstanden sei. Zugleich wünsche der Regent, daß vor Abschluß der Kammerverhandlungen ohne zwingende Verhältnisse ein Wechsel in der Leitung des Kultusministeriums vermieden werde. Sollte von Landmann nach Schluß der Kammerverhandlungen nicht von selbst zurücktreten, „so wollen E. Exc. demselben in geeigneter Weise mitteilen, daß er das Vertrauen S. K. H. nicht mehr in dem Maße besitze, um das ... schwierige Ressort des Kultusministers fernerhin mit Erfolg zu verwalten“.⁹⁸ Unter dem 5. Juli teilte von Wiedenmann von Crailsheim mit, daß der Minister des Inneren von Feilitzsch Wiedenmann ersuchte, von Landmann nach seinem Rücktritt anderweitig, z.B. als Regierungspräsident von Niederbayern, zu verwenden. Prinzregent Luitpold „glauben sich den von Exc. Dr. Frhr. v. Feilitzsch hierfür vorgebrachten Gründen, welche E. Exc. wohl bekannt sein dürften,⁹⁹ nicht vollständig verschließen zu sollen und würden sich, ... gegenüber einem bezüglichem ... Antrage auf Ernennung Dr. v. Landmanns zum Regierungspräsidenten von Niederbayern nicht ablehnend verhalten“.¹⁰⁰ Ob dies Landmann zu eröffnen sei, bleibt von Crailsheim überlassen. Zwei Tage danach, am 7. Juli, teilte Landmann Crailsheim mit, daß er dem Regenten sein Gesuch um Amtsenthebung schickte und daß er es vorerst geheim halten wolle.¹⁰¹ Am gleichen Tag fand eine Ministerratssitzung statt, in der der Antrag Landmanns auf Amtsenthebung des Senates der Universität Würzburg abgelehnt wurde. Dies sollte dann der Öffentlichkeit und — wie noch zu zeigen sein wird — auch dem Regenten gegenüber als Rücktrittsgrund dienen. In seinem Brief vom 8. Juli 1902 lehnte von Wehner die Berufung ins Kultusministerium ab, indem er sich mit den inneren Verhältnissen des Ministerrates und dessen Beziehungen zum Landtag nicht einverstanden erklärte.¹⁰² Schließlich nahm am 15. Juli der bayerische Gesandte in Wien, Freiherr von Podewils-Dürnitz,¹⁰³ „der Liebling des Prinz-Regenten“,¹⁰⁴ die Berufung zum Kultusminister an. Der offizielle Erlaß der Entlassung Landmanns und der Berufung von Podewils erging dann am 10. August 1902.¹⁰⁵

Entscheidend nun für die Klärung der Beziehung Regent — Geheimkanzlei — Ministerium ist in einem Nachspiel die direkte Einschaltung des Regenten.

Die hektischen Kammerverhandlungen im Sommer 1902 und die unabhängige Politik des Ministers von Landmann veranlaßten den Regenten in einem Handschreiben vom 22. Oktober 1902¹⁰⁶ zu verlangen, daß künftig *alle* wichtigen Angelegenheiten — nicht nur jene, die alle Ministerien betreffen — vor dem Ministerrat zu verhandeln seien. Der Vorsitzende im Ministerrat solle ermächtigt werden, alle Ressortangelegenheiten zur Kenntnis zu bekommen, von denen er auch jene beraten lassen können, deren Verhandlung vom Ressortminister nicht beantragt worden sei. In einem Begleitschreiben vom gleichen Tag schwächt der Chef der Geheimkanzlei diese klaren Anordnungen erheblich ab. Im Grunde bleibt nur die Forderung nach regelmäßiger Tagung des Ministerrates und die Beratung von Gegenständen „von irgend weittragender Bedeutung“. Sonst solle durch „die angeordnete Maßregel der Selbständigkeit der einzelnen Minister in keiner Weise“ zu nahe getreten werden. Außerdem übersendet von Wiedenmann am 31. Oktober 1902 dem Minister von Crailsheim „zur vertraulichen und persönlichen Einsichtnahme“, „meines die Grundlage zur Entstehung des ah. Handschreibens an das Gesamtministerium ... den 22. Oktober ... bildenden Antrages an S. K. H. den Prinzregenten ...“¹⁰⁷

Nach Verhandlung des Handschreibens des Regenten am 3. November im Ministerrat berichtet Crailsheim am 4. November an den Regenten. Dabei umriß er die politische Entwicklung des vergangenen Sommers. Er warf Landmann Illoyalität und Eigenmächtigkeit vor, ebenso Heraustreten aus der Regierungspolitik und „einseitige Berücksichtigung der Zentrumspartei“, verteidigte die liberale Partei und beschuldigte das Zentrum, einen Keil in das Gesamtstaatsministerium treiben zu wollen. Weiter führt Crailsheim die Einreichung des Entlassungsgesuches Landmanns auf eine „an sich unbedeutende Frage des taktischen Vorgehens, bei welcher man sich nur wundern kann, daß überhaupt eine Meinungsverschiedenheit auftauchen konnte (ob nämlich der Senat der Universität Würzburg zuerst zu disziplinieren und dann mit seiner Rechtfertigung zu hören oder ob das umgekehrte Verfahren einzuhalten sei)“ zurück.¹⁰⁸ Aus dieser Darstellung Crailsheims ergeben sich zu den tatsächlichen Vorgängen Widersprüche. Der Bericht erweckt den Anschein, als ob Landmann auf der entscheidenden Ministerratssitzung (am 7. Juli) anwesend gewesen sei, was nicht der Fall war. Außerdem ging es Landmann bei seinem Antrag im Ministerrat nicht um formale Dinge, sondern um Ahndung einer nach Form und Inhalt unzulänglichen politischen Erklärung des Senates der Universität Würzburg. Hinzu kommt, daß zum Zeitpunkt besagter Ministerratssitzung das Rücktrittsgesuch Landmanns bereits Crailsheim und der

Geheimkanzlei vorlag, was auch die Tatsache erhärtet, daß bereits am 1. Juli dem Regenten Wehner als Nachfolger Landmanns vorgeschlagen wurde. Diese Widersprüche um die Entlassung Landmanns im Sommer 1902 lösen sich nur, wenn man annimmt, daß der Regent nicht, nicht zutreffend oder einseitig¹⁰⁹ informiert wurde.¹¹⁰ Eine bestimmende Rolle kann hierbei dem Chef der Geheimkanzlei Peter von Wiedenmann nicht abgesprochen werden.¹¹¹

In seinem Bericht an den Regenten vom 4. November 1902 fährt von Crailsheim fort und sagt, daß nur die „politischen Elemente des Zentrums ... ein Agitationsmittel suchten“, obwohl „die ganze Sachlage durch die Presse und in Unterredungen mit einflußreichen Abgeordneten der Rechten vollständig klar gestellt wurde“.

Konsequenzen aus dem Handschreiben des Regenten vom 22. Oktober 1902 kündigt Crailsheim nicht an, hat auch der Ministerrat nicht beschlossen. In einem Begleitschreiben¹¹² an Wiedenmann spricht es Crailsheim deutlich aus. Unter Hinweis auf seinen Bericht über die Ministerratssitzung schreibt er: „Eine weitere Regelung des Gegenstandes dürfte ... unterbleiben können ..., weil, wie es in einer Note des Staatsministers von Ringelmann vom 21. Januar 1850 heißt, es in allen zur Kompetenz des Ministerates gehörigen Punkten immer nur darauf anzukommen scheint, daß die Sache zum Abschluß gebracht werde, nicht aber darauf, daß man sich ängstlich an eine im voraus bestimmte, wenn gleich in kritischen Augenblicken doch nicht einhaltbare Form binde“. Indem das ah. Handschreiben den Ministerrat zu lebhafter Tätigkeit mahnt, stärkt es den Einfluß des Vorsitzenden auf den Gang der Staatsgeschäfte.“

Die Entlassung von Landmanns stellt den ersten erzwungenen Ministerücktritt während der Regentschaft dar. Ablauf und Methode sind beispielhaft für den Regierungsstil bis 1912. Die Initiative zu diesem Schritt ging nicht vom Regenten aus. Für ihn war die vermeintlich unbeugsame Haltung Landmanns im Würzburger Professorenstreit der Grund seines Ausscheidens. Die Ursache lag tiefer. Die Bemühungen Landmanns galten in erster Linie dem gesellschaftlichen Ausgleich; darauf stimmte er seine politischen Maßnahmen ab. Zwangsläufig traf er dadurch die herrschenden liberalen Kreise an ihrer empfindlichsten Stelle. Die Opposition gegen seine Personalpolitik wurde dadurch zum tieferen Grund für das gute Zusammenspiel von Ministerrat, Geheimkanzlei und Würzburger Professoren, das ihn aus dem Amt drängte. Der Regent, überzeugt von der Argumentation Crailsheims, daß Strukturmängel am Ministerrat die Haltung Landmanns erst ermöglichte, regte in seinem Handschreiben die Stärkung der Position des Ministerpräsidenten, Geschäftsverteilung unter den Ressorts und eine Geschäftsordnung für die Verhandlungsführung an. Wiedenmann und Crailsheim verhinderten aber —

wie gezeigt wurde — jede praktische Konsequenz. Die Vorgänge um Landmann fanden eben nicht in diesen Fragen ihren Kristallisationspunkt. Und, was entscheidend war, die Geheimkanzlei hatte kein Interesse an einer Stärkung des Ministerrates, dessen Position durch die unabhängige Politik Landmanns und die ständigen Angriffe der Parteien soweit erschüttet worden war, daß sich die politischen Gewichte zugunsten der Geheimkanzlei verschoben. Für das nächste Jahrzehnt sollte der Ministerrat gleichsam als Filter gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Kräften der Parteien und des Volkes fungieren. Die Geheimkanzlei andererseits war für beweiskräftige Kritik nicht leicht faßbar. Sie stand im Schatten des Regenten, um so mehr als dieser im Volk persönlich in hohem Ansehen stand. Sein fortgeschrittenes Alter, seine volkstümliche ‚Gradheit‘, seine Lauterkeit und seine Güte ließen ihn schon zu Lebzeiten zum Mythos werden.¹¹³ Aber seine starke verfassungsmäßige Stellung als Verweser der obersten Staatsgewalt verlangten die Ausübung der Herrschaft oder die Änderung der Verfassungsstruktur. Beides geschah nicht. Der Kern der Regierungsgewalt ließ sich auf dieser Basis durch den ehrgeizigen Peter von Wiedenmann zugunsten der Geheimkanzlei verschieben. Diese Entwicklung bedeutete trotzdem keinen Ausgleich politischer oder gesellschaftlicher Kräfte. Auf den Druck des Zentrums hin war lediglich eine Änderung des Machtgefüges innerhalb der führenden Schicht erfolgt. Die Anhänglichkeit des Volkes an den Regenten, die Verteidigung der Staatsform der Monarchie und die Sicherung der Verfassung bildeten für Geheimkanzlei und Ministerium den Schutzschild für die Ausübung ihres Regiments. Diese intensive Verquickung von Interessen der führenden Schicht mit den Grundlagen des Staates förderten in weiten Kreisen des Volkes und in Parteigruppierungen das Bewußtsein einer weitgehenden Identität zwischen den Institutionen und deren Inhabern, so daß die Auffassung Raum griff, nur durch Infragestellen der Staatsstruktur sei ein Ausgleich der gesellschaftlichen Spannungen und Interessen zu erzielen.

Wesentlich zur Verstärkung dieser Tendenzen trug das immer schärfere Eingreifen der Geheimkanzlei in die Regierungsgeschäfte bei. Ihr Chef Peter von Wiedenmann erwies sich dabei oft als der entscheidende, alles in kürzester Frist umstürzende Faktor. Auf dem Gautage der katholischen Arbeitervereine in Immenstadt im Sommer 1909 hielt Ministerialdirektor von Geith eine zentrumsfreundliche Rede.¹¹⁴ Dies war für einen hohen Ministerialbeamten ein ungewöhnliches Verhalten. Über die Bestrebungen der Geheimkanzlei, den zuständigen Ressortminister von Frauendorfer zu einer Maßregelung von Geiths zu bewegen, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit. Wiedenmann verlangte von Graf Podewils,¹¹⁵ daß er diesen Angriffen

gegen die Geheimkanzlei in Presse und Landtag entgetretete. Podewils tat dies — aus guten Gründen — zur Verstimmung Wiedenmanns nicht entschieden genug. Bei der Auflösung des Landtags 1911 sollte sich diese Zurückhaltung des Ministers noch auswirken. Franz von Stockhammern, Legationssekretär I. Klasse und persönlicher „Hilfsarbeiter“ des Ministerpräsidenten von Podewils notiert am 4. Februar 1912 zur Frage der Kabinettsumbildung anlässlich der Landtags-Neuwahlen:¹¹⁶ „... Die Ursache der Entfremdung zwischen beiden¹¹⁷ geht auf die Erklärung Podewils in der Kammer der Abgeordneten vom 19. November 1909 zurück, in der Wiedenmann sich nicht genügend in Schutz genommen glaubte. Sein Schutzbedürfnis war immer groß ...“¹¹⁸ Dazu ist die Notiz, ebenfalls von Stockhammern, vom 30. Januar 1912 zu beachten. „Podewils beim Regenten. Regent legt Grf. Podewils Hand auf die Schulter: Wir bleiben zusammen.“¹¹⁹ Trotzdem wird auf Grund der Initiative Wiedenmanns unter Mithilfe des II. Präsidenten der Kammer der Reichsräte von Auer Freiherr von Hertling am 9. Februar 1912 zum Ministerpräsidenten berufen.

Vergleicht man diese Funktion der Geheimkanzlei mit jener des Kabinettssekretariates unter Max II. und Ludwig II., so ist ein wesentlicher Unterschied festzustellen. Das Kabinettssekretariat war ein Mittel des Königs, um Regierungsgeschäfte von sich fernzuhalten. Die Kabinettssekretäre hatten den faktischen Einfluß der weitgehenden Vermittlung zwischen Monarch und Regierung. Aber selbst zu Zeiten Ludwigs II. regierten nicht die Kabinettssekretäre, sondern Minister von Lutz und das Ministerium. Die öffentliche Kritik richtete sich gegen die Auswüchse und die unverantwortlichen Ratgeber. Hingegen war die Funktion der Geheimkanzlei unter Peter von Wiedenmann¹²⁰ eine Art Nebenregierung mit umfangreichem Mitarbeiterstab.¹²¹ Leicht angreifbare Auswüchse wie zur Zeit des Kabinettssekretariats gab es nicht. Die Handlungen der befähigten Männer¹²² zielten auf Wahrung der Interessen der führenden Schicht und der politischen Macht. Ihr Einfluß stieg, je mehr der Regent als politisch direkt einflußreicher Faktor zurücktrat und das Ministerium seine Kräfte in der Auseinandersetzung mit den Parteien verbrauchte. Die Unangefochtenheit der Geheimkanzlei lag im Geschick, mit dem sie die Fäden des politischen Kräftespiels zog, und an der Abschirmung des Regenten von ungünstigen, den eigenen Interessen divergierenden Einflüssen.¹²³

Diese Institutionalisierung der staatlichen Gewalt außerhalb der Verfassungsnorm ist nur möglich, wenn sie von einer starken gesellschaftlichen Schicht getragen wird. Der Hintergrund letzterer sind gesellschaftlich-wirtschaftliche Integrationsfaktoren, die ihre Ausmündung im kulturellen und politischen Leben finden. Diese führende Schicht ist verschieden zu der im

Reich. Sie ist während der Prinzregenten-Ära durchaus einheitlich und zwar deshalb, weil keine ihrer Gruppierungen dominierte und so eine Vereinheitlichung, sogar Verschmelzung eintrat. Mindestens bis zum 1. Weltkrieg erhielt sie eine gewisse Konstanz und Stabilität durch eine ausreichende vertikale Mobilität aufrecht. Das Vorherrschen eines Standes in dieser Oberschicht konnte sich auf die Dauer nicht durchsetzen. Die Pluralität ihrer Interessen fanden in verbindenden Gemeinsamkeiten ihren Ausgleich. Die Gruppierungen, die dieser Schicht das Gepräge gaben, waren das hohe meist fränkisch-, schwäbisch-, pfälzisch-protestantische Beamtentum,¹²⁴ die bürgerlich pfälzischen und die standesherrlich-rechtsrheinischen Großgrundbesitzer, die Vertreter des Großkapitals, der hohe Klerus, das gebildete Bürgertum in Kunst und Wissenschaft und bedingt das Offizierkorps. Gemeinsam war ihnen ein aufgeklärtes liberales Elitebewußtsein. Liberal ist hier mehr im Sinne einer verbindenden gemeinsamen Form zu verstehen, denn politisch war diese Oberschicht eher konservativ. Zweifellos galt dies bereits für den Beginn der Regentschaft, mehr aber für deren Ende, als durch die immer stärker werdende Etablierung ausgesprochen reaktionäre Tendenzen zum Tragen kamen.¹²⁵ Ihren sichtbarsten, aber nicht ganz zutreffenden Ausdruck fand diese führende Schicht in der Kammer der Reichsräte. Stabilisierende Elemente waren ihr Unangefochtensein, d.h. sie wurde als Elite anerkannt und es galt als erstrebenswert, ihr anzugehören, und ihre Offenheit gegenüber dem Aufsteigenden, der sich genügend weit aus seiner sozialen Schicht erhoben hatte. Dies galt nicht nur für Wirtschaftler, Künstler und Wissenschaftler, sondern auch für das hohe Beamtentum, das Offizierkorps¹²⁶ und den Dienst in der Umgebung des Regenten, wie das Beispiel Wiedenmanns selbst am besten zeigt. Überhaupt ist der Hoftitel oder das Adelsprädikat weitgehend das sichtbare Zeichen der Zugehörigkeit zu dieser Oberschicht. Selbst dem alten Geburtsadel bleibt, abgesehen von einigen traditionellen Hofchargen, kein eigentliches Reservat, wie dies in Preußen vielfach der Fall war.

Entscheidend für die politische Festigung der Oberschicht war der gesellschaftliche und berufliche Aufstieg führender Zentrumsabgeordneter, wie Dr. v. Daller, Dr. v. Orterer, Dr. v. Pichler, und die vermittelnde Rolle, die Freiherr von Hertling, Graf Konrad von Preysing, Fürst Aloys und Fürst Karl zu Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und andere als Führer der Katholikenbewegung spielten. Wesentlich zur Stabilisierung trug der Vereinheitlichungsprozeß innerhalb dieser Führungsschicht bei. Wirtschaftliche Führung traf sich hier mit dem Streben nach Sozialprestige in Standeserhebung. Die Verbindung der Familie Faber mit dem Geschlecht der Castell ist hier zu nennen, dann die Berufung des Großfinanziers Buhl,¹²⁷ des Chemieindustriellen und Eisenbahn-

direktors Clemm, der Fabrikanten Maffei und Cramer-Klett,¹²⁸ des Hüttenwerksbesitzers Kraemer, des Direktors der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank Auer, des Baumwollindustriellen Hassler und des Bankiers Finck in den Reichsrat. Die Minister Grf. Podewils bei der Deutschen Bank, Graf Crailsheim bei der Bayerischen Vereinsbank und der Badischen Anilin- und Sodafabrik, von Landmann bei den Amperwerken, von Pfaff bei der Bayerischen Handelsbank, von Miltner bei der Münchner Rückversicherung nahmen Aufsichtsratsstellen ein; selbst der in der Presse als „roter Heinrich“ bezeichnete von Fraendorfer war Aufsichtsratsmitglied.¹²⁹

Als Integrationsfaktor dieser Führungsschicht ist ohne Zweifel Prinzregent Luitpold selbst anzusehen. Die bürgerliche Haltung in seiner Lebensführung und die bürgerliche Zusammensetzung seiner Umgebung lassen ihn wesentlich profiliert hervortreten als in seiner Rolle als politisch Handelnder oder Monarch. Diese Umgebung des Regenten ist nicht schwer zu fassen; ihre Mitglieder trafen sich im Sommer auf ausgedehnten Jagdreisen und im Winter in München in einem allabendlichen Zirkel „Der Sumpf“. Genannt sollen hier nur jene Personen werden, die ab der Jahrhundertwende eine größere Anzahl von Jahren zur Runde des Regenten zählten und von den Hofchargen nur jene, mit denen Prinz Luitpold in enger Beziehung stand. Von den Hofbeamten zählten Oberststallmeister Garf Karl von Wolffskeel, Hofjagddirektor von Hörmann und Leibarzt Dr. von Kastner zu diesem Kreis; von der Geheimkanzlei Freiherr von Wiedenmann und Oberregierungsrat Dandl; von den Ministern Ministerpräsident Graf Podewils, Justizminister v. Miltner und Kriegsminister Graf Horn. Ständige Begleiter waren neben Reichsrat Graf Quadt zu Wykradt und Isny, den der Regent 1901 in den Fürstenstand erhob, die Professoren von Angerer, von Bauer, der Direktor der Pfalzbahnen von Lavale, der Stiftsprobst von Türk und der Direktor der Akademie von Kaulbach.

Diese Umgebung des Regenten könnte als Spiegelbild für die führende Gesellschaftsschicht gelten. Innerhalb ihrer Reihen kamen politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Interessen zum Ausgleich. Nach außen war sie zwar offen, aber nicht in einem ausgleichenden, sondern in einem abschließenden Sinn, d. h. sie erkannte Aufstiegsmöglichkeiten an, schloß sich aber hauptsächlich in Hinblick auf politische und wirtschaftliche Interessen ab.

Dem Integrationsprozeß in Bayerns gesellschaftlicher Oberschicht standen starke soziale und politische Strömungen in der Unterschicht und dem Mittelstand gegenüber. Direkten Einfluß auf die Regierungspolitik gewannen diese Bewegungen spät und wenn, dann erst, nachdem deren Führer den Weg des gesellschaftlichen Aufstiegs beschritten hatten.

Dies galt in erster Linie für die Patriotenpartei, ab 1887 unter dem Namen Zentrum, die als Mehrheit im bayerischen Landtag seit 1869 die Opposition vertrat. Die Sozialdemokratische Partei kam erst 1893 in den Landtag und erreichte ihre stärkste Bedeutung durch ihr Bündnis mit dem Zentrum von 1899 bis 1905, mußte aber noch bis zum ersten Weltkrieg um die Regierungsbestätigung der Bürgermeister kämpfen, die sich zu ihr bekannten. Die liberale Partei war nicht eigentlich Regierungspartei. Ihr Einfluß auf die Politik beruhte auch nicht auf ihrer Stellung als Partei, sondern weil sie in ihrer politischen Willensbildung Ausdruck der Grundüberzeugung einer führenden Gesellschaftsschicht war. Insofern unterstützte sie ständig die Regierungspolitik bis zum Sturz des letzten prononciert nationalliberalen Ministerpräsidenten von Crailsheim 1903. Selbstverständlich kann im bayerischen Landtag bis 1918 nicht von Oppositions- und Regierungspartei im modernen Sinn gesprochen werden. Das bayerische Staatsrecht betont ausdrücklich, daß Regierung und Landtag Organe der Regierung des Monarchen sind.¹³⁰ Parteien erfüllen ihre Funktion also nicht gegenüber dem Monarchen, sondern nur gegenüber dem Wähler zur Mehrheitsbildung. Fraktionen kennt die Geschäftsordnung des Landtags erst nach 1918. Die Gepflogenheit der profilierten Gegenüberstellung von Regierungs- und Oppositionsstandpunkt und die scheinbare Zunahme einer Parlamentarisierung lag nicht an den normativen Vorschriften, sondern daran, daß der Regent kein entscheidender politischer Faktor war.

Der mehr auf juristischer Ebene geführte Kulturkampf des Ministers von Lutz¹³¹ hatte zur Folge, daß eine tiefergreifende Entfremdung zwischen den führenden katholischen und liberalen Kreisen nie eingetreten ist. Der Regent mit seiner Umgebung und die Reichsratskammer bildeten dabei vielfach die verbindende Brücke. Als Reaktion entstand besonders in mittel- und kleinbäuerlichen Kreisen¹³² in der Organisationsform von Bauernvereinen eine radikal-klerikale, bayerisch-partikularistische, zum Teil antisemitische¹³³ Bewegung unter Führung von Leuten wie dem fränkischen Baron Thüngen-Roßbach, des katholischen Geistlichen und Gründers der Kampfzeitschrift „Die katholische Fahne“ Dr. theol. Aloys Rittler und des Herausgebers und Redakteurs des klerikalen, bayerisch-patriotischen „Bayerischen Vaterlands“ Dr. Sigl mit den ‚guten Beziehungen‘ zum Hofe.¹³⁴ Diese Strömung artikulierte sich einheitlich in ihrem Kampf gegen Adel und Bürokratie. Politisch traten Sigl und Rittler¹³⁵ als Abgeordnete auf die Seite der Patrioten, konnten sich aber mit ihren reaktionären kulturkämpferischen Tendenzen, wie Herabsetzung der Schulpflicht von sieben auf sechs Jahre, Trennung des Geschichtsunterrichts nach Konfessionen und weitergehende Aufhebung der von Lutz

geschaffenen Simultanschule,¹³⁶ nicht durchsetzen. Ihnen gegenüber standen die Vertreter der gemäßigten kirchlichen Ausrichtung, Freiherr von Frankenstein, Graf Preysing, Freiherr von Hertling, Fürst Löwenstein-Wertheim-Rosenberg und innerhalb des Landtags die Abgeordneten Dr. Daller, Dr. Orterer, Freiherr von Ow, Walter, u.a. Diese beiden Flügel beobachteten sich weitgehend mit Abneigung¹³⁷. So war es auch verständlich, daß mit der Proklamation der Regentschaft 1886 eine einheitliche Aktion des Zentrums nicht zustande kommen konnte. Der rechte Flügel der Patrioten sah sogar als Fehler an, zu diesem Zeitpunkt gegen das Ministerium Lutz vorzugehen.¹³⁸ Die Krise der bayerischen Patrioten in den 80-er Jahren, die hier zum Ausdruck kommt, hat zweifellos recht weitläufige Ursachen. Das in Bayern ohnehin nie besonders starke kulturkämpferische Band löste sich mit zunehmendem Abbau der kirchenpolitischen Gesetze immer mehr. Die sozialen Unterschiede vom adeligen Standesherrn zum Kleinbauern, Handwerker und Arbeiter waren zu groß. Hertling machte sich über den kleinbürgerlichen Flügel lustig, wenn er sagte: „In Bayern laute das Zentrumsprogramm: Kornzölle und obligatorische Innungen“.¹³⁹ Das politische Motiv eines stärkeren Föderalismus hatte durch die Regierungspolitik im Laufe der Jahre immer mehr an Zugkraft verloren. Wie stark letzteres der Fall war, zeigte der Eintritt der bayerischen Patriotenpartei ins Zentrum 1887. Von diesem Schritt erhofften sich die Gemäßigten eine Stabilisierung der Verhältnisse in der Partei. In der Tat konnte sich der radikale Flügel noch nicht durchsetzen, nicht zuletzt deswegen, weil geeignete Führungspersönlichkeiten bei den Extremen fehlten.¹⁴⁰ Auch aus der Ablehnung des Zusammentretens des Deutschen Katholikentages 1890 in München durch Prinzregent Luitpold ist dies ersichtlich. Der Regent und Crailsheim hielten nicht prinzipiell an diesem Entschluß fest, vielmehr gab die zustimmende Haltung Hertlings und Preysings den Ausschlag, die sich übergangen fühlten und Leute, wie einen „gewissen Konrad Fischer“ ... „nicht als geeigneten Vertreter der katholischen Sache ansehen konnten“.¹⁴¹

Die Zentrumspartei als Opposition gegen die Regierungspolitik im Landtag zerfiel während der ersten Jahre der Regentschaft bis 1890 in zwei Flügel, die auf Grund ihrer politischen und sozialen Gegensätze zu keiner einheitlichen Politik fähig waren. Als Strukturmangel trat dabei zutage, daß durch größtenteils fehlende Organisation und Politisierung des Volkes auf der Basis such zwar auflösender, aber noch bestehender alter Sozialstrukturen eine einheitliche politische Bewußtseinsbildung vom Wähler bis zum Abgeordneten nicht möglich war. Die Handlungsunabhängigkeit des Abgeordneten lag hier begründet. Sie wurde gefördert durch das indirekte und nicht allge-

meine Wahlsystem in der Zwischenschaltung der Wahlmänner und der geringen Wahlbeteiligung.¹⁴²

Die Zeit zu Beginn der 90-er Jahre sollte nicht in allem erneuernd wirken, trotzdem traten hier zum ersten Mal jene Phänomene auf, die auch für den modernen Parlamentarismus bedeutsam sind. Dies gilt auf jeden Fall für den sozialen und wirtschaftlichen, nicht aber für den staatsrechtlichen und politischen Bereich. Die großen Gesetzeswerke in Bayern, wie das Wahlgesetz, waren bei ihrer endlichen Entstehung oft bereits überholt und erfüllten gesellschaftspolitisch nicht ihre Funktion, weil sie nicht das Ergebnis eines Interessenausgleiches in gesellschaftlich integrierter Willensbildung waren.

Der Eintritt der Masse in das öffentliche Leben veränderte die soziologische Struktur des Untertanenverbandes. Zunehmende Verstädterung, Verkehrsausbau, das Telephon als Vorläufer der Massenmedien u. a. m. kennzeichneten den Umbruch zur Moderne. Die Aufhebung des Sozialistengesetzes förderte Gewerkschaftsbewegung und sozialdemokratische Parteiorganisationen einerseits; Zollsenkung und Handelsverträge verursachten Existenzangst in der bäuerlichen Mittelschicht und vermehrten die Proletarisierung der bäuerlichen Unterschicht andererseits. Die Folge des letzteren war die endgültige Abspaltung des radikal-bäuerlichen Flügels vom Zentrum¹⁴³ und die Gründung des Bayerischen Bauernbundes in Gegnerschaft zu Adel, hohem Klerus und Großbauerntum. In dessen Sog geriet das Zentrum in ländlichen Kreisen. Die Landtagswahlen von 1893 bestätigten diese Tendenzen. Zentrum und Liberale verloren Mandate an Bauernbund und Sozialdemokraten. Der Adel brachte keinen Kandidaten durch; auch der Präsident der Kammer der Abgeordneten, Freiherr von Ow, verlor sein Mandat. Das Zentrum fühlte sich durch den Bauernbund in seinen ländlichen Interessen tödlich verletzt. Hinzu kam die Gefahr, durch die sozialdemokratische Agitation in der Arbeiterschaft noch mehr Boden zu verlieren. Diese bevorstehenden Auseinandersetzungen verhalfen dem linken und gemäßigten Flügel zum Durchbruch, in Männern, wie Dr. Heim, Schirmer, Dr. Daller, Dr. Orterer. Fast fünfzehn Jahre sollten sie die Entwicklung des Zentrums entscheidend gestalten. Carl Schirmer, ein Führer der katholischen Arbeiterbewegung, arbeitete mit Heim seit 1892 in München zusammen, bis letzterer in die Oberpfalz versetzt wurde und dort durch seine ausgleichende und helfende Rolle im Fuchsmühler Bauernaufstand¹⁴⁵ zu seinem eigentlichen Betätigungsfeld fand, das ihm den Namen „Bauerndoktor“ eintrug. Bereits aber als Mitarbeiter des Organs der katholischen Arbeitervereine „Der Arbeiter“ erwarb sich Heim den Ruf „als ‚Mann mit dem Loch im Ärmel‘ fanatischen Gegnern der Arbeiterbewegung wirkungsvoll Abführen zu bereiten“.¹⁴⁴ Tendenz und Absicht der

Arbeitsweise Heims und seiner Anhänger kommt in diesem Zitat zum Ausdruck. Aufklärungsarbeit am Wähler und soziale Besserstellung bedrohter Volksschichten in Zusammenarbeit mit allen Kräften, die die gleichen Ziele verfolgten: dem niederen Klerus,¹⁴⁶ der katholischen Arbeiterbewegung,¹⁴⁷ dem Bauernbund¹⁴⁸ und den Sozialdemokraten. Diese Tätigkeit Heims, die er auf das bäuerliche Genossenschaftswesen ausdehnte, trug entscheidend zur Festigung und zu den kommenden Wahlsiegen des Zentrums bei. Zwei weitgreifende Entwicklungen sind in diesem Zusammenhang noch hervorzuheben. Einmal das Bündnis mit den Sozialdemokraten im Jahre 1899, wodurch diese gleichsam „salonfähig“ im Bewußtsein der Wähler wurden, was zu einem Integrations- und Egalisierungsprozeß führte. Freilich trug wesentlich dazu der pragmatische Führungsstil von Vollmars bei, den er in seinen berühmten „Eldoradoreden“ von 1891 propagierte.¹⁴⁹ Zum anderen wurde mit dem Wahlsieg von 1899 — aufbauend darauf der von 1905 — und dem Bündnis mit den Sozialdemokraten die Basis für die verhältnismäßig fortschrittliche Landtagswahlgesetzgebung vom 9. April 1906 geschaffen.

Betrachtet man die Entwicklung des linken Flügels der Zentrumspartei von 1892 bis zur Jahrhundertwende, dann könnte man die Frage stellen, welchen Einfluß dieser auf die Regierung und das Machtgefüge innerhalb des Staates hatte. Die stark demokratischen Tendenzen der Heimschen Arbeit fanden in der führenden Schicht allgemein kein Verständnis. Er und seine Anhänger wurden als Radikale abgestempelt, obwohl man ihrem Druck in verschiedenen Gesetzen, wie dem Wahlgesetz, weitgehend nachgeben mußte. Die Regierung vermied es aber, solange er der „starke Mann“ des Zentrums war, sich offen mit ihm anzulegen.¹⁵⁰ Vielmehr wartete man auf die Gegenbewegung aus den eigenen Reihen des Zentrums. Diese setzte auch sofort nach Wiedererstarken des rechten Flügels nach den Wahlen von 1899 ein. Die höhere Geistlichkeit, geführt vom Passauer Domprobst Dr. Pichler, und der adelige Flügel unter Hertling und Graf Preysing hatten sich zum Ziele gesetzt, die Zentrumspartei hoffähig, regierungsfähig zu machen. Heim und seine Anhänger unter den bäuerlichen Abgeordneten und niederen Geistlichen standen diesem Vorhaben im Wege. Im einzelnen ist hier diese Auseinandersetzung nicht zu erörtern. Sie dauerte im Grunde bis 1907. In endlosen Beleidigungsklagen und Pressefehden, an denen Heim freilich nicht immer unschuldig war, wurde er zermürbt.¹⁵¹ Langsam und vorsichtig gingen seine Gegner zu Werk; denn sein Einfluß in bäuerlichen Kreisen war groß. Letztlich mußte er sich aber doch zurückziehen, da ein ebenbürtiger Führer, der ihm hätte beistehen oder sein Erbe antreten können, fehlte, wenn man von Heinrich Held absieht, der aber damals erst im Kommen war und auch als

kluger Taktiker sich nicht auf Heim festlegen wollte, obwohl er dessen politischen Vorstellungen zweifellos am nächsten stand.

Der entscheidende und tiefere Unterschied zwischen beiden Parteiflügeln war die Vorstellung vom Wesen des Zentrums und die daraus resultierende Haltung gegenüber der Führungsschicht. Heim hat das Problem der Masse erkannt und das der Parlamentarisierung geahnt. Seine Vorstellung von der Funktion einer Partei war, daß die Willensbildung vom einzelnen Glied des Volkes ausgehen muß und daß dort die politische Macht sich befindet, wo die größere Anzahl Gleichgesinnter entscheidet.¹⁵² Im Gegensatz dazu sprach Hertling davon, „daß soziale Schichtung der natürliche und ursprüngliche Faktor politischer Parteibildung ist“, daß diese Schichtung um der „höheren religiösen Interessen“ willen überwunden werden müsse und daß man besonders die Einseitigkeit einer einzelnen Schicht fernhalten müsse.¹⁵³ In ähnlicher Weise äußerte sich Graf Max Emanuel Preysing, der Sohn des bekannten Konrad Preysing in einem Brief vom 12. September 1904. Er bezeichnete Heim als „hervorstechendsten Vertreter der Demagogie“ im Zentrum und sprach die Hoffnung aus, daß es wieder in konservative Bahnen zurückkehre.¹⁵⁴ Sein Wunsch sollte in Erfüllung gehen. Aus den Landtagswahlen von 1907 kehrten nur noch wenige Anhänger Heims als Abgeordnete zurück. Kurz darauf wurde Heim aus allen wichtigen Positionen, z. B. dem Finanzausschuß, gedrängt.

Der konservativ-reaktionäre Flügel hatte sich durchgesetzt, jene Schicht also innerhalb der Partei, die auf die Konsolidierung des herrschenden politischen und gesellschaftlichen Gefüges drängte. Ihr Führer, Freiherr von Hertling, wurde nicht mehr überraschend 1912 zum Ministerpräsidenten berufen und vergrößerte durch seine konsequent-konservative Politik die Kluft zwischen gesellschaftlicher Wirklichkeit und politischer Machtverteilung.

Zusammenfassend ist hervorzuheben: Die Struktur des gesellschaftlichen und politischen Lebens in Bayern während der Prinzregenten-Ära weist auseinanderstrebende Tendenzen auf. Die Verfassung erfuhr in ihrem Kern, der Prärogative des Monarchen, seit Ludwig II. und Prinzregent Luitpold ihre entscheidende Aushöhlung. Das durch das Auseinandertreten von Verfassungsnorm und Verfassungswirklichkeit entstehende Vakuum wurde nicht durch Reform der Verfassung sondern zunächst durch eine nicht verantwortliche Ministeroligarchie, dann durch die Nebenregierung der Geheimkanzlei ausgefüllt. Der Regent trat als politisch Handelnder faktisch in eine rein repräsentative Rolle zurück und wurde zum Integrationsfaktor für eine gesellschaftliche Oberschicht, die durch Interessenausgleich von hohem Be-

amentum, Großkapital und Großgrundbesitz in Adel und Großbürgertum und hohem Klerus so weit gehende Vereinheitlichung und Stabilität erlangte, daß ihre Exponenten in Regierung, Reichsrat, Parteien und Interessenverbänden weitgehend die politische Gewalt in Händen hielten.

Parallel dazu lief in Unter- und Mittelschicht ein Egalisierungs- und Demokratisierungsprozeß, dem durch großzügige Gesetzgebung soviel Raum gegeben wurde, daß die Bewußtseinsschwelle des Verlangens nach Ausübung staatlicher Gewalt bis zum Weltkrieg nicht erreicht wurde.

Stabilisierend auf dieses gesellschaftliche Gefüge wirkte dabei die Einbettung Bayerns ins Reich und die soziale Mobilität durch Aufstiegsmöglichkeiten, besonders für Parteiführer, aber ohne die eigentliche Machtstruktur und den politischen Willensbildungsprozeß zu verändern. Diese vermittelnde Zwischenschicht bildete Filter und Spannungsausgleich. Weitgehend verlagerten sich politische Strukturauseinandersetzungen wie die zwischen Heim und Hertling oder Heim und Pichler, auf diese Ebene. Entscheidend dabei war, daß die führende Schicht noch als elitär galt, daß es erstrebenswert war, in sie aufzusteigen, daß sie durch ihre Erfolge auf wirtschaftlichem, kulturellem und politischem Gebiet, in Krieg und Frieden ihre Stellung erfolgreich bewahrte, daß sie den Nymbus der Stabilität an sich trug und noch in keinem Spannungsfall entscheidend versagt hatte. Dabei wurde nicht beachtet, daß durch die lange Friedensperiode die gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung Verfassungsstruktur und politisches Machtgefüge überholt hatte, wodurch im Falle einer Krise dessen Träger in Frage gestellt werden mußten.

ANMERKUNGEN ZU:

Karl Möckl, Gesellschaft und Politik während der Ära
des Prinzregenten Luitpold

¹ Auf diese Mängel verwiesen hat *Karl Bosl*, Gesellschaft und Politik in Bayern vor dem Ende der Monarchie, in: Gesellschaft, Staat, Kultur in Bayerns Geschichte. (1965) 1–31.

² Vgl. *Otto Hintze*, Staat und Verfassung. Ges. Abhandlungen. (21962), bes. S. 379f.

³ *Gerhard Leibholz*, Die Zukunft der nationalstaatlichen Souveränität im 20. Jahrhundert, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates (1967) 384. Wobei Leibholz den Hauptakzent auf die völkerrechtliche Problematik legt.

⁴ *Hannah Arendt*, Über die Revolution. (1968). Einleitung. Krieg und Revolution.

⁵ Ebd. S. 39ff.

⁶ *Karl Bosl*, Pluralismus und pluralistische Gesellschaft. (1967).

Werner Conze, Staat und Gesellschaft in der frührevolutionären Epoche Deutschlands, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. (1967). Zur Frage des Auseinandertretens von Staat und Gesellschaft.

⁷ *Michael Doeberl*, Entwicklungsgeschichte Bayerns. (1931) III, 4.

⁸ Tit. III, § 1.

⁹ *Max von Seydel*, *Robert Piloty*, Bayerisches Staatsrecht. (1913) I, 77f.

Otto Brunner, Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. (1967) 133f.

¹⁰ *Seydel-Piloty*, Bayerisches Staatsrecht. (1913) 215ff.

Franz Schnabel, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Monarchie und Volkssouveränität. (1964) 169ff.

¹¹ *Ludwig Doeberl*, Maximilian von Montgelas und sein Prinzip der Staatssouveränität beim Neubau des ‚Reiches Bayern‘, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. (1967) 273–290.

¹² *Max Spindler*, Das Kabinett unter König Ludwig I., in: Erbe und Verpflichtung. (1966) 252–263.

¹³ *Franz Schnabel*, Deutsche Geschichte im 19. Jahrhundert. Monarchie und Volkssouveränität. (1964) 172.

¹⁴ *Bernhard Zittel*, Der bayerische Ministerrat und seine Protokolle, in: Mitteilungen f. d. Archivpflege in Bayern 3. (1957).

¹⁵ *Max Spindler*, Das Kabinett unter König Ludwig I., in: Erbe und Verpflichtung. (1966) 263.

¹⁶ *G. Masur*, Friedrich Julius Stahl. (1933). F. J. Stahl wurde 1802 in Würzburg geboren, trat vom Judentum zum Protestantismus über, wurde 1832 Professor f. Staatsrecht an der Universität in Würzburg, 1834 in Erlangen und 1840 in Berlin.

¹⁷ *Max Spindler*, Die politische Wendung von 1847/48 in Bayern, in: Erbe und Verpflichtung. (1966) 306f.

¹⁸ Philosophie des Rechts. (1830–37) 2 Bde.

¹⁹ Das moralische Prinzip. (1845). Staatsrecht (1910).

²⁰ „Die Gewalt des Königs ist ‚von Gottes Gnaden‘, ist ein ‚göttliches Recht‘.“ Staatsrecht (1910) 100.

²¹ Das monarchische Prinzip. (1845) 25.

²² Staatsrecht. (1910) 155.

²³ Staatsrecht. (1910) 211f.

²⁴ Staatsrecht. (1910) 97ff.

²⁵ *Sergio Mochi Onory*, Fonti canonistiche dell'idea moderna dello Stato. Milano 1951.

Carl Schmitt, Politische Theologie. (1922).

Otto Hintze, Staat und Verfassung, Gesammelte Abhandlungen. (21962) 385f.

²⁶ Otto Heinrich von der Gablentz, Macht, Gestaltung und Recht. Die drei Wurzeln des politischen Denkens, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. (1967) 64.

²⁷ Der Reichsstaat. (1864) 77.

²⁸ Max von Seydel, Bayerisches Staatsrecht. (1884–1893) 3 Bde.

²⁹ Seydel-Piloly, Bayerisches Staatsrecht. (1913) 2 Bde.

³⁰ Wenn hier über den Bereich, den Stahl der Volksvertretung zugestanden hatte, hinausgegangen wurde, so sollte dies in Bayern den Politisierungsprozeß der Parteien fördern, hatte aber nur geringen Einfluß auf die Verfassungspolitik. Das gleiche galt für weitere Zugeständnisse.

³¹ Im einzelnen kann hier der Einfluß Stahls auf die bayerische Staatsrechtslehre nicht dargestellt werden. Einer eigenen Abhandlung muß dies vorbehalten bleiben.

³² Zur Frage inwieweit die Lehre von der einheitlichen Staatsgewalt eine Rolle spielt: Thomas Ellwein, Das Erbe der Monarchie in der deutschen Staatskrise (1954).

³³ Seidel-Piloly, Bayerisches Staatsrecht. (1913) I, 215f.

³⁴ Otto Hintze, Das monarchische Prinzip und die konstitutionelle Verfassung, in: Gesammelte Abhandlungen. (21962) 359–389.

³⁵ Fritz Hartung, Verantwortliche Regierung, Kabinette und Nebenregierungen im konstitutionellen Preußen 1848–1919, in: Forschungen zur Brandenburgischen und Preußischen Geschichte. (1932) 44, 1–45, 302–373.

³⁶ Abgesehen vom völlig in geistiger Umnachtung in Fürstenried dahindämmenden Otto I.

³⁷ Otto Brunner, Vom Gottesgnadentum zum monarchischen Prinzip, in: Die Entstehung des modernen souveränen Staates. (1967) 134.

³⁸ Max Spindler, Das Kabinett unter König Ludwig I. und Bernhard Grandaur, Kabinettssekretär und Staatsrat unter Ludwig I., in: Erbe und Verpflichtung. (1966) 252–279.

³⁹ Michael Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns. (1931) III, 179–180.

Eugen Franz, König Max II. und seine geheimen politischen Berater, in: Zeitschr. f. bay. Landesgesch. (1932) 219–242.

⁴⁰ Am 29. 7. 1886 verfügte Prinzregent Luitpold zwar die Auflösung des Kabinettssekretariates und setzte seine Geheimkanzlei an dessen Stelle, aber von der Aufgabenstellung her bedeutete dies nur eine Namensänderung.

Michael Doeberl, Entwicklungsgeschichte Bayerns. (1931) III, 552f.

Zur Diskussion des Kabinettssekretariates in der Öffentlichkeit vgl. unter vielen die 7teilige Fortsetzung „Das kgl. Kabinettssekretariat“ in den „Münchener Neuesten Nachrichten“ Nr. 125, 129, 130, 133, 135, 141, 142 vom 5., 9., 10., 13., 15., 21., 22. Mai 1886. Im Übrigen sei bemerkt, daß das Problem der Nebenregierung für Bayern noch nicht monographisch dargestellt wurde, wie es Fritz Hartung für Preußen und das Reich getan hat.

⁴¹ Wie sehr die Autorität der Krone gelitten hatte vgl.: AStAM MInn 46 755, MInn 65 722, GStAM MA 99 838, Brief des preuß. Gesandtschaftssekretärs in München Fürst Philipp Eulenburg-Hertefeld an Graf Herbert Bismarck im Bismarckarchiv Friedrichsruh, weitere zahlreiche Literatur bei Rupert Hacker, Ludwig II. von Bayern in Augenzeugenberichten. (21966).

⁴² StBKdAbg. 1886, VI, 753 und PKdRR. 1886, V, 891.

⁴³ Tit. II § 18 besagt, daß während der Reichsverwesung alle erledigten Ämter, mit Ausnahme der Justizstellen, nur provisorisch besetzt, daß keine neuen Ämter eingeführt, keine Krongüter veräußert und keine heimgefallenen Lehen verliehen werden können.

⁴⁴ AStAM. Staatsrat 1316.

⁴⁵ StBKdAbg. 1886, VI, 801; PKdRR. 1886, V, 946.

⁴⁶ AStAM. Staatsrat 1318.

⁴⁷ GVBl. 39, 2. November 1887.

⁴⁸ GStAM. GB 902.

⁴⁹ Vgl. die Landtagswahlberichte in den Akten des AStAM MInn 47 327–329.

⁵⁰ AStAM MInn 46 755. Hier besonders auch im Zusammenhang mit der Frage der Beendigung der Regentschaft.

⁵¹ *E. v. Moy*, Staatsrecht des Kgr. Bayern. (1840/46) steht auf dem Standpunkt, daß während der Regentschaft die Verfassung unabänderlich ist.

J. v. Pözl, Lehrbuch des bay. Verfassungsrechts. (⁵1877) § 146, glaubt, daß die Verfassung während der Regentschaft geändert werden könne.

Max von Seydel, Bayerisches Staatsrecht. (1884) 479, erklärt, gestützt auf das Staatsratsprotokoll vom 23. Mai 1818, daß die Verfassung während der Regentschaft unabänderlich sei.

Ders., Staatsrecht des Kgr. Bayern. (1888) 42: „Die Staatsgewalt aber erträgt wohl eine Selbstbeschränkung, dagegen keine Selbstverstümmelung. Sie kann also der Möglichkeit zu keiner Zeit beraubt sein, im Interesse des Staates das bestehende Recht zu ändern. Macht ein Regent aus Gründen des Staatswohles von dieser Möglichkeit Gebrauch, so handelt er nicht bloß rechtlich unanfechtbar, sondern auch politisch tadelfrei.“

Ders., Bayerisches Staatsrecht. (²1896) I, 246, fragt, ob das Verbot der Verfassungsänderung in jedem Fall bestehe und antwortet: „Die Frage ist nach dem, was oben gesagt wurde, zu verneinen, wenn der Gesetzgeber durch Vornahme von Verfassungsänderungen während der Reichsverwesung bekundet hat, daß er sich an das Verbot nicht bindet. Denn damit hat er erklärt, daß das Verbot für ihn nicht vorhanden ist.“

Seydel-Piloly, Bayerisches Staatsrecht. (1913) I, 125: „Unabänderlich ist die eigentliche Verfassung, die Verfassung im materiellen Sinne, die Staatsform, während das formelle Verfassungsgesetz diesem Verbot nur insoweit unterliegt als es nur Ausdruck und Norm dieser materiellen Verfassung ist.“

⁵² StBKdAbg. v. 26. Oktober 1895, ähnlich: StBKdAbg. v. 12. Oktober 1893 und Ministerpräs. v. Crailsheim StBKdAbg. v. 21. Oktober 1897.

⁵³ Die Frage der Haltung der Parteien wird im folgenden Abschnitt genauer behandelt.

⁵⁴ *Irmgard von Stedmann*, Die preußische Gesandtschaft in München als Instrument der Reichspolitik in Bayern von den Anfängen der Reichsgründung bis zu Bismarcks Entlassung. Diss. München. 1967.

⁵⁵ Schaub war einer der Führer der nationalliberalen Partei im Reichstag und gehörte zur bismarcktreuen schutzzöllnerischen Gruppe.

⁵⁶ Zur Frage der Verschuldung der Kabinettskasse GStAM MA 99 946.

⁵⁷ Dsgl.

⁵⁸ Vgl. Brf. Philipp Eulenburg-Hertefelds an Herbert von Bismarck am 5. Februar 1886; „Ein Ministerium Franckenstein aber bedeutet im Lande Bayern nichts anderes als: Sieg reichtsfeindlicher Interessen.“ Brf. v. 6. Juni 1886; Bismarckarchiv Friedrichsruh.

⁵⁹ Bismarckarchiv Friedrichsruh.

⁶⁰ Im gleichen Sinn: *Fürst von Eulenburg-Hertefeld*, Das Ende Ludwigs II. (1934) 31 und *Georg von Hertling*, Erinnerungen. (1920) II, 50.

⁶¹ Vgl. Philipp von Eulenburg am 14. Juni 1886 an Herbert von Bismarck. Ebenso am 17. Juni 1886: „Später wird es notwendig werden durch Werthern auf den alten Freyschlag einzuwirken, an dem der Regent mit zärtlicher Liebe hängt. Werthern ist gut mit Freyschlag bekannt und letzterer schenkt ihm volles Vertrauen. Sehr wichtig ist Holnstein, der sofort im Regenten den Gedanken einer Reise zum Kaiser erweckte.“ Bismarckarchiv Friedrichsruh.

⁶² Vgl. *Karl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der deutschen Zentrumspartei. (1928) IV, 324, 340 und (1931) VIII, 2.

⁶³ GStAM. MA 99 718.

⁶⁴ Dsgl.

⁶⁵ Formulierungen wie „volle Anerkennung“ und „volles Vertrauen“ sprechen dafür, sowie der rasche zeitliche Ablauf: die „Allgemeine Zeitung“ vom 9. Juli 1886 berichtet, daß das Demissionsgesuch am 5. Juli nachmittags in der Geheimkanzlei einlief und daß es bereits am nächsten Tag um 9 Uhr wieder in Händen des Ministers Lutz war.

⁶⁶ Bericht des Grafen Lerchenfeld an Minister von Crailsheim am 26. Mai 1886, zitiert nach *Ludwig Schrott*, Der Prinzregent. (1962) 85–87.

⁶⁷ GStAM. GB 902.

⁶⁸ Was auf jeden Fall hätte sein können, die Übernahme der Schulden Ludwigs durch das Land und Schaffung einer vernünftigen verfassungsmäßigen Grundlage (Tit. II § 18 der Verf.).

⁶⁹ Vielleicht lag hier für Bismarck neben dem persönlichen ein sachlicher Grund, die Abberufung Wertherns zu betreiben.

⁷⁰ Diese Meinung äußerte noch König Ludwig III. am 17. Januar 1913 v. Orterer gegenüber, indem er als Grund für die liberalen Angriffe auf das Ministerium Hertling angibt, daß nach bisher verbreiteter Meinung „ein Ultramontaner nicht geeignet zur Führung der Staatsgeschäfte“ sei. GStAM. MAI 962.

⁷¹ AStAM. Minn 46755.

⁷² AStAM. Minn 74451, Brf. des Präs. d. Versicherungskammer Dr. v. Englert vom 14. Oktober 1912 an den Min. d. Innern.

⁷³ Ein breites Echo auslösend der Artikel im „Pfälzer Volksboten“ vom 24. Oktober 1896.

⁷⁴ Rede des Zentrumsführers Lerno im Verein „Concordia“ in Amberg Ende Juli 1896.

⁷⁵ Antrag der Freien Vereinigung im Landtag vom 22. Juni 1904.

⁷⁶ *Anton Dyroff*, Die Beendigung der Regentschaft in Bayern bei Lebzeiten des Königs, in: *Annalen des Deutschen Reiches*. (1904) I.

⁷⁷ Darstellung der Regentschaftsbeendigung, *Verena von Arnswaldt*, Die Beendigung der Regentschaft in Bayern 1912/13, in: *Zeitschrift f. bay. Landesgesch.* (1967) 860–893.

⁷⁸ Nämlich, daß während der Regentschaft die Verfassung nicht geändert werden könne. Vgl. die Diskussion um das Landtagswahlgesetz, AStAM. Minn 47272–275.

⁷⁹ Ministerpräs. von Crailsheim in der Kammer der Abgeordneten am 9. November 1897.

⁸⁰ *Robert Nöll von der Nahmer*, Bismarcks Reptilienfonds. Aus dem Geheimakten Preußens und des Deutschen Reiches. 1968.

⁸¹ *Hans Philippi*, König Ludwig II. v. Bayern und der Welfenfonds, in: ZBLG 23 (1960) 66ff. *Ders.*, Zur Geschichte des Welfenfonds, in: *Jb. f. niedersächs. Landesgesch.* 31 (1959) 190ff. *Hans Rall*, Bismarcks Reichsgründung und die Geldwünsche aus Bayern, in: ZBLG 22 (1959) 396ff.

Gottfried von Böhm, Ludwig II., König v. Bayern, sein Leben und seine Zeit. ²1924.

⁸² Äußerung f. Min. v. Lutz nach Tagebuchaufzeichnungen Fürst Philipps zu Eulenburg-Hertefeld. Nöll von der Nahmer, 150.

⁸³ Ebd. 158/9.

⁸⁴ Ebd. 153/4.

⁸⁵ Ebd. 154.

⁸⁶ Sie wurden noch unter Ludwig II. berufen und führten zusammen mit Lutz die Entmündigung Ludwigs durch und bereiteten die Regentschaft vor.

⁸⁷ Durch Erlaß vom 29. Juli 1886 löste der Regent das Kabinettssekretariat auf und richtete eine Geheimkanzlei ein. Im wesentlichen bedeutete dies aber nur eine Namensänderung. Auch der Personalbestand war etwa der gleiche geblieben.

⁸⁸ Bis zu seinem Tod 1891 Chef der Geheimkanzlei.

⁸⁹ Ebenfalls bis zu seinem Tod 1900 Chef der Geheimkanzlei.

⁹⁰ Beide waren Generäle, mit dem Prinzen Luitpold seit den 60er Jahren befreundet, aber politisch ohne größere Erfahrung.

⁹¹ Dem stimmt Crailsheim in einem Antrag an den Regenten vom 4. November 1902 zu. GStAM. MA 99705.

⁹² *Seydel-Piloly*, Bayerisches Staatsrecht. (1913) I, 329ff.

⁹³ Begriff, besonders seit den 80er Jahren gebraucht; vgl. *Nürnberger Anzeiger* vom 28. September 1885.

⁹⁴ GStAM. MA 99960.

⁹⁵ Aus den Akten geht hervor, daß beide Kontrahenten sich schuldig gemacht hatten.

⁹⁶ Der Senat erhob diese öffentliche Anklage, obwohl er teilweise im Unrecht war, und ohne den Beschwerdeweg einzuhalten.

⁹⁷ GStAM. MA 99960.

⁹⁸ GStAM. MA 99956.

⁹⁹ Aus dem Zusammenhang kann man schließen, daß die Gründe waren, Landmann den Rücktritt und dessen bestimmten Zeitpunkt schmackhaft zu machen. Es ist sehr zweifelhaft, ob der Regent von diesem Vorgehen informiert war. In den eingesehenen Akten weist kein von ihm gegengezeichnetes Schriftstück darauf hin. Sie wurden sämtliche von Wiedenmann unterschrieben.

¹⁰⁰ GStAM. MA 99956.

¹⁰¹ Dsgl.

¹⁰² Dsgl.

¹⁰³ Dsgl.

¹⁰⁴ Pester Lloyd v. 12. August 1902; GStAM. MA 94118.

¹⁰⁵ GStAM. MA 99956.

¹⁰⁶ GStAM. MA 99705.

¹⁰⁷ GStAM. MA 99705; Dieses Schreiben zeigt auch, daß die Initiative bei Wiedenmann lag und nicht beim verfassungsmäßig verantwortlichen Berater Crailsheim.

¹⁰⁸ GStAM. MA 99705.

¹⁰⁹ Der Bericht des Innenministers v. Feilitzsch an den Regenten vom 2. November 1902 über die Volksstimmung zeigt dies besonders deutlich, da der Regent ganze Sätze in sein Handschreiben vom 3. November 1902, betr. den Rücktritt des Justizministers von Leonrod, übernahm: Zu der in der Zentrums Presse und von Zentrums parteiführern behaupteten tiefgehenden Unzufriedenheit und Mißstimmung im Volk gegen das gegenwärtige Regierungssystem ist zu sagen: Nach Auskunft „objektiv denkender Personen“ sind „derartige Äußerungen vollständig unbegründet“. In weiten Kreisen erkenne man an, „wie die Regierung unparteiisch, objektiv und gerecht bei ihren Regierungshandlungen vorgehe“. „Dem Volk seien solche Agitationen und Hetzereien im Allgemeinen zuwider, die meisten derartigen Versammlungen wurden von Geistlichen direkt oder indirekt einberufen und die Bauern mußten Teil nehmen, um sich nicht Vorwürfen der Gleichgültigkeit usw. auszusetzen. Der Zweck sei lediglich Partei agitation zu treiben und die bauerliche Bevölkerung für politische Zwecke und für künftige Wahlen zu gewinnen.“ GStAM. MA 99705.

¹¹⁰ Die in Frage kommenden Schriftstücke tragen sämtliche nur die Unterschrift von Wiedenmann.

¹¹¹ Vgl. auch *H. Schulthess*, Europäischer Geschichtskalender. Jg. 1902 (1903) 130: „Nach der Zentrums Presse ist der Minister (v. Landmann) unverantwortlichen Ratgebern zum Opfer gefallen; sie greift die Geheimkanzlei des Regenten an, weil sie dem liberalen Professorenklüngel und den Logen in die Hand arbeitet.“

Der „Bayerischer Kurier“ vom 5. August 1902 meldet, daß Freiherr von Wiedenmann in Würzburg mit Senat und Professoren verhandelt habe.

Diese Meldung wird durch das Süddeutsche Korrespondenzbüro dementiert.

¹¹² GStAM. MA 99705.

¹¹³ Der Vergleich mit der Gestalt des „Papa Heuß“ ist nicht abwegig.

¹¹⁴ GStAM. MA 99959.

¹¹⁵ Seit dem 1. März 1903 Ministerpräsident.

¹¹⁶ GStMA. MA 99957.

¹¹⁷ v. Podewils und v. Wiedenmann.

¹¹⁸ Auf die Richtigkeit dieser Auffassung weist auch eine undatierte Aufzeichnung von Wiedenmanns von Ende November 1911 hin, in der er sich gegen seine Einmischung bei der Kammerauflösung verteidigt, wobei er Podewils die Schuld zuspricht und die Münchner Neuesten Nachrichten verteidigt. GHAM. L. III. 1.

¹¹⁹ GStAM. MA 99957.

¹²⁰ Peter Wiedenmann wurde 1847 als Sohn eines Schneidermeisters geboren, stieg nach dem Besuch der Gewerbeschule und des ersten polytechnischen Kurses vom Freiwilligen beim ersten Art. Regiment bis zum General auf, wurde im Dienst des Regenten 1886 Adjutant, 1895 erbl. Frhr., 1900 Chef der Geheimkanzlei.

¹²¹ Neben Wiedenmann acht weitere Mitarbeiter im Jahr 1906 nach dem Hof- und Staatshandbuch des Kgrs. Bayern. (1907) 140.

- ¹²² Oberregierungsrat Dandl, der zweite Mann nach Wiedenmann, wurde 1917 bay. Ministerpräs.
- ¹²³ Das Münchner Fremdenblatt vom 20. Dezember 1912 spricht von einer „chinesischen Mauer“ um den Regenten.
- ¹²⁴ Wobei dem fränkischen eine dominierende Rolle zukam.
- ¹²⁵ Vgl. die Denkschrift „Zur inneren Entwicklung Deutschlands“ von K. v. Gebsattel vom Oktober 1913. AStAM. MInn 47379.
- ¹²⁶ *Karl Demeter*, Das Deutsche Offizierkorps. (41965) 35 ff.
- ¹²⁷ *Hermann Kalkoff*, Nationalliberale Parlamentarier 1867–1917 des Reichstages und der Einzel-landtage. (1917) 265.
- ¹²⁸ Lebensläufe aus Franken. (1960) VI.
- ¹²⁹ GStAM. MA 99118.
- ¹³⁰ *Seydel-Piloty*, Bayer. Staatsrecht. (1913) I, 215.
- ¹³¹ *Walter Grasser*, Johann Frhr. v. Lutz. (1967).
- ¹³² Der frühe Rückgang der Leibeigenschaft in Bayern im 17. Jh., dann die Einsetzung der Ab-lösung der Grunddienste durch Geld im 18. Jh. verhinderten bei restlichem Wegfall der bäuerlichen Abhängigkeiten zu Beginn des 19. Jh.s die Bildung neuen Großgrundbesitzes und schufen damit eine Basis der dargestellten Entwicklung.
- ¹³³ Aus dem Programm des von Frhr. v. Thüngen-Roßbach gegründeten Bauernvereins: „unsere Börsen sind jüdische Räuberhöhlen“. Zitiert nach Schulthess, H., Europäischer Geschichtskalender Jg. 1883 (1884) 17.
- ¹³⁴ Über Stiftsprobst v. Türk.
- ¹³⁵ Nach seiner Ernennung zum Rektor des Lyceums in Regensburg 1884 wird er entschieden gemäßigter. Georg v. Hertling zeigt in seinen „Erinnerungen“. (1920) II, 54/55 starke Abneigung gegen Rittler.
- ¹³⁶ Nach Schulsprengelverordnung vom 29. August 1873.
- ¹³⁷ Vgl. *Georg v. Hertling*, Erinnerungen (1920) II, 54.
- ¹³⁸ *Karl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815–1914. (1928) IV, 342.
- ¹³⁹ *Georg v. Hertling*, Erinnerungen. (1920) II, 54.
- ¹⁴⁰ *Karl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815–1914. (1928) IV, 346.
- ¹⁴¹ *Karl Bachem*, Vorgeschichte, Geschichte und Politik der Deutschen Zentrumspartei 1815–1914. (1931) VIII, 13–17.
- ¹⁴² 1881: 32,6%; 1887: 23,4%; 1893: 31,2%; in: Zeitschrift des K. Bay. Statistischen Bureaus. (1893) 99.
- ¹⁴³ Zeigt sich auch darin, daß die ehemaligen Zentrumsabgeordneten Sigl, Rittler, Ratzinger Bauernbundsführer wurden.
- ¹⁴⁴ *Carl Schirmer*, Msgr. Lorenz Huber und seine Zeit. (1931) 167.
- ¹⁴⁵ Im Fuchsmühler Bauernaufstand ließ Freiherr von Zoller, der Chef der Geheimkanzlei des Regenten, auf seinem Gut ansässigen Bauern 1894 Holzrechte verweigern und als diese sich mit Gewalt ihr Recht zu erzwingen suchten, mit Militärgewalt blutig eingreifen. Heim verteidigte aufopfernd und erfolgreich viele der betroffenen Bauern. *Hermann Renner*, Georg Heim. (1960). Heim wurde erst 1897 in einer Nachwahl in den Landtag gewählt.
- ¹⁴⁶ Dessen demokratische Neigungen hat bereits von Landmann 1895 in einem Brief an Crails-heim erwähnt. GStAM. MA 70392 a.
- Hermann Renner*, Georg Heim. (1960) 99. Vgl. auch Anm. 147.
- ¹⁴⁷ *Ludwig Anderl*, Die roten Kapläne. (21963). Schirmer, Carl, Msgr. Lorenz Huber und seine Zeit. (1931). Gasteiger, M. Die christliche Arbeiterbewegung in Süddeutschland. (1908).
- ¹⁴⁸ Dr. Sigl und Pfarrer Dr. Ratzinger, zwei Führer des Bauernbundes, waren Heim immer gewogen.
- ¹⁴⁹ *Reinhard Jansen*, Georg von Vollmar. (1958).
- ¹⁵⁰ Sie zahlte z.B. lange Jahre Heims Gehalt als Realschullehrer weiter, obwohl er durch seine

politische Tätigkeit faktisch seinen Beruf nicht mehr ausübte und das Kultusministerium nicht in jedem Fall dazu verpflichtet war.

¹⁵¹ AStAM. Minn 47397/8.

¹⁵² *Hermann Renner*, Georg Heim. (1960).

¹⁵³ *Freiherr von Hertling*, Politische Parteibildung und soziale Schichtung, in: *Hochland* II (1905) 47–57.

In diesem Aufsatz kommt auch die Stelle vor, wo Hertling vom „Hausknecht“ spricht und das die Presse auf Heim münzte, was zu einer längeren Kontroverse zwischen Heim und Hertling führte.

¹⁵⁴ GStAM. GB 998.

* Das vorliegende Thema wird demnächst in größerem Umfang behandelt werden. In bezug auf Präzisierung der vorgetragenen Gedanken verweise ich auf diese Arbeit.